rund 9000 ab. Die Wirtschaftslage gibt dafür keine Erklärung, wohl aber die Arbeiterbewegung. Die Arbeiter beginnen sich ganz instinktiv zu rühren gegen den zunehmenden Druck auf Lohn- und Arbeitsbedingungen. Um eine Explosion zu verhüten, um Abkühlung zu schaffen und die Unruhe der Arbeiter in das gewerkschaftlich-arbeitsgemeinschaftliche Bett zu lenken und dort verlegen zu lassen, hat der Metallarbeiterverband den Lohnstart zum 31. März gekündigt. Die Gewerkschaftsbesitzer rechnen damit, daß bis dahin die Kämpfe der Metallarbeiter in Sachsen und die kleineren lokalisierten im Reich niedergeschlagen und die Arbeiter unterlegen, ausgehungert und abgekämpft in die Betriebe zurückgekehrt sein werden und daß dann die Berliner Metallarbeiter durch einige Abstimmungen zur „Ruhe und Ordnung" gebracht werden können.

Die Unternehmer der Berliner Metallindustrie arbeiten mit dem Unternehmertum in dieser Richtung durch gemeinsame Sitzungen Hand in Hand. Die Metallindustrie hat seit der Tarifkündigung flott Arbeiter eingestellt. Die 9000 der Vorwoche entfallen zum größten Teil auf die Metallindustrie. Nach dem Ausweis des Berliner Arbeitsamts entfielen von den 9000 Einstellungen der Vorwoche allein 2700 auf gelernte Metallarbeiter. Außerdem läßt die Metallindustrie seit der Tarifkündigung in nie dagewesenem Ausmaße Überstunden arbeiten. Es werden die dringendsten Aufträge außerarbeitet und dann können die Metallarbeiter in Berlin streiken nach Herzenslust. Die Unternehmer werden dabei keinen Hunger leiden. Und der englische Bergarbeiterstreik, der Hamburger Hafenarbeiterstreik und der letzte sächsische Metallarbeiterstreik genügen als Beweis dafür, daß auch die Berliner Metallarbeiter isoliert, sanktioniert, gewerkschaftsdiszipliniert verbluten werden, wenn — sie nicht das Schwergewicht ihres Kampfes darauf verwenden, zuerst die Gewerkschaften zu zertrümmern, um dann als kämpfende Arbeiter die Solidarität der Arbeiterklasse anzurufen und als Klasse den Machtkampf aufzunehmen.

Die Stabilisierung „marschiert"

Der Traum einer beginnenden Konjunkturperiode — o, er war für viele sehr schön! — scheint seinem Ende entgegen zu gehen. Die bürgerliche Presse meldet:

„Die ersten Feierschichten an der Ruhr. Schneller als man in Deutschland erwartete, hat die englische Kohlenförderung nach dem fast 7 Monate anhaltenden Streik wieder eingesetzt. Wenn bisher auch eine Rückwirkung auf den Abruf von den deutschen Zechen noch nicht zu bemerken war, so hat dies seinen Grund einmal in den langfristigen Verträgen, die zwischen den deutschen Kohlenlieferanten und den englischen Abnehmern geschlossen worden sind, und zum anderen in der vollkommenen Räumung der deutschen Haldenbestände. Erst in den allerletzten Tagen zeigen sich gewisse Vorboten für das Nachlassen des Geschäfts. Aus Dortmund wird gemeldet, daß auf einigen Schächten des Ruhrbezirkes zum ersten Male wieder Feierschichten wegen Mangels an Absatz angeordnet worden sind."

So hart die Tatsache auch ist, die Proletarier müssen die Krise des Kapitalismus sehen und die Notwendigkeit der Revolution für den Kommunismus erkennen, wenn sie nicht hoffend, arbeitend und hungernd in den Tod marschieren wollen.

Rationalisierungs-Segen für Ausbeuter

Welche Riesenprofite die Kapitalisten durch die von Gewerkschaften und SPD. unterstützte Rationalisierung gewinnen, zeigen klar die nachstehenden Geschäftsberichte zwei deutscher Großfirmen.

Ludwig Loewe u. Co., A.-G.

Die Aktiengesellschaft Ludwig Loewe u. Co. fabriziert in ihren Fabriken Werkzeugmaschinen und Werkzeuge und ist auf diesem Gebiet einer der größten deutschen Produzenten. Die Werke der Gesellschaft befinden sich hauptsächlich in Berlin. Anfang 1926 waren in diesen Werken laut Geschäftsbericht 3600 Arbeiter und Angestellte gegen 3200 im Jahre 1913 beschäftigt.

Die Arbeiten der Werkzeugmaschinenindustrie wurden von der letzten Wirtschaftskrise besonders schwer betroffen. Nach dem günstigen Geschäftsgang der ersten acht bis neun Monate des Jahres 1925 ist in diesem Industriezweig eine schwere Krise entstanden, die sich bis in den Herbst 1926 hinzog. Erst in den letzten Monaten ist eine Belebung eingetreten, die auch zurzeit anhält. Der Auftragsbestand ist für die letzte Zeit beträchtlich gestiegen und, wie es scheint, wird er auch in der nächsten Zeit weiter wachsen. Die Angaben des Geschäftsberichts sind sehr mager, doch läßt sich feststellen, daß diese Gesellschaft für die letzten Jahre hohe Profite erzielt hat. Es ist richtig, daß der Konkurrenzkampf auf dem deutschen Markt der Werkzeugmaschinen in den Stabilisierungsjahren sehr scharf war und auch jetzt noch ziemlich groß ist. Doch gelang es Ludwig Loewe, einen hohen Verdienst zu bekommen, da **die Herstellungskosten durch die Rationalisierung stark zurückgegangen** sind. **Die verteilten Dividenden sind von 8 Prozent im Jahre 1924 auf 10 Prozent im Jahre 1925 gewachsen. Die Tantiemen der Aufsichtsratsmitglieder sind für dieselbe Zeit fast auf das Dreifache gestiegen.**

Besonders bemerkenswert aber ist die **Steigerung der Aktienkurse** der Ludwig Loewe A.-G. Sie sind fabelhaft geschwollen, sie standen am 2. Januar 1926 auf 98, am 20. Januar 1927 aber auf 329. Eine Vorstellung über diese Börsenverdienste gibt folgende jedem Arbeiter verständliche Rechnung: Die im Jahre 1926 in den Ludwig-Loewe-Werken beschäftigten 3600 Arbeiter und Angestellte bekamen pro Mann durchschnittlich im besten Falle 40 Mark pro Woche bzw. 167 Mark pro Monat (25 Arbeitstage pro Monat), oder rund 2000 Mark jährlich an Lohn. Der gesamte jährliche Arbeitslohn der Belegschaft beträgt folglich 2000 mal 3600 = 7 200 000 Mark. Das Aktienkapital der Ludwig Loewe A.-G. beträgt 15 000 000 Mark. **Im Jahre 1926 sind nun die Kurse,** wie gesagt, **ungefähr um 230 Prozent gestiegen.** Das heißt: Das Aktienkapital, das nach dem Börsenstand vom 2. Januar 1926 (= 98) mit etwas weniger als 15 Millionen zu bewerten war, stieg in einem Jahre um das 2,3fache, hat also heute einen Wert von rund 50 Millionen. Oder noch deutlicher ausgedrückt: Der Inhaber einer Ludwig-Loewe-Aktie im Nennwert von 1000 Mark bekam, wollte er diese Aktie am 2. Januar 1926 verkaufen, nur 980 Mark dafür. Verkaufte er diese Aktie aber am 20. Januar 1927, so bekam er 3290 Mark dafür. Der Aktionär hat also an einer Aktie in einem Jahr etwa 2300 Mark verdient. Der Börsenverdienst einer Handvoll Aktionäre war also im Jahre 1926 fünfmal so groß wie der Verdienst aller Arbeiter und Angestellten.

Die Bilanz der Loewe A.-G. zeigt eine gute finanzielle Lage: der Prozentsatz der flüssigen Mittel ist sehr groß, was hauptsächlich bei dem Effekten- und Beteiligungskonto ersichtlich ist. Dieses Konto ist in der Bilanz von 1925 mit 10 511 000 Mark festgelegt, d. h. die Ludwig Loewe A.-G. ist an vielen Unternehmungen beteiligt. Die zur Zeit schwebenden Gerüchte über einen umfassenden Zusammenschluß in der Werkzeugmaschinenindustrie stellen die Loewe A.-G. in das Zentrum der künftigen Vereinigung.

Der Siemens-Konzern,

der seine Dividendenerhöhungen vor kurzem bekanntgegeben hat, veröffentlicht jetzt den ausführlichen Geschäftsbericht der Siemens u. Halske A.-G. und der Siemens-Schuckertwerke. Der Bericht zeigt, wie märchenhaft groß die Rationalisierungsgewinne des Siemenskonzerns im letzten Jahre gewesen sind.

Das Bankguthaben von Siemens u. Halske hat sich fast versechsfacht. Es ist von 11,9 Millionen Mark 1925 auf 65 Millionen Mark 1926 gestiegen. Die Wertpapiere haben sich außerdem noch von 11,5 Millionen auf 14,7 Millionen Mark erhöht.

Die Erhöhung der Bankguthaben ist außer durch den Erlös der Anleihe von 1926 in Höhe von 25,2 Millionen Mark durch den „gesteigerten Absatz bei rationellerer Betriebsführung" verursacht. Das wird im Geschäftsbericht ausdrücklich unterstrichen.

Der Erhöhung der Bankguthaben steht ein Unverändertbleiben der Schuldner mit 63,18 Millionen Mark gegenüber. Das Gläubigerkonto ist von 39,9 auf 56,3 Millionen gestiegen. Mit Recht sagt der „Börsen-Courier":

„Der Konzern konnte die Leistung der Fabrikation erhöhen bei beträchtlicher Verminderung der Belegschaft und Verringerung des Kapitalbedarfs der Werke."

Wenn es dann weiter heißt, daß der Konzern auf wichtigen Gebieten Preisermäßigungen eintreten lassen konnte, so muß gesagt werden, daß diese Preisermäßigungen weit hinter der Senkung der Produktionskosten durch die Intensivierung der Arbeit und den anderen Rationalisierungsmaßnahmen zurückbleiben.

Bei den Siemens-Schuckert-Werken ist das Konto der Gläubiger von 136,6 Millionen Mark auf 100,5 Millionen Mark zurückgegangen — als Folge des Verkaufs großer Warenvorräte. Das Guthaben bei den Banken ist von 10,7 auf 59 Millionen gestiegen.

Aus den Bezirken

Groß Berlin

Oeffentliche Erwerbslosen-Versammlung in Spandau.

Zum Freitag, den 18. 2. 27 hatte der Arbeitslosen-Ausschuß in Spandau eine Versammlung nach der Markthalle einberufen. Gemessen an den Berliner Versammlungen war diese Versammlung nicht besonders gut besucht, zirka 100 Personen waren anwesend. Ein Zeichen, daß die Proletarier die parlamentarische Illusionspolitik zum Teil satt haben und daher nicht die Versammlungen mehr besuchen, um nicht dauernd die alte Leier zu hören. Die Tagesordnung war: „Das Arbeitslosen-Versicherungsgesetz und der Reichs-Erwerbslosen-Tag". Berndtner, Referent führte einganzes seiner Ausführungen aus, daß infolge der Wichtigkeit des Themas die Proletarier mehr Interesse an den Tag legen müßten. Er kam dann zu sprechen auf das Geschenk der Bürgerblockregierung für die Erwerbslosen, das Arbeitslosen-Versicherungs-Gesetz. Er zeigte den Erwerbslosen die Auswirkungen des Gesetzes, die keine Erleichterungen, sondern eine Knebelung für die Erwerbslosen ist. Wer die Väter dieses famosen Gesetzes sind, wurde nicht gesagt. Seine Schlußfolgerungen waren: Kampf gegen dieses Gesetz, Einführung der 42-Stundenwoche, Ausbau der Erwerbslosen-Fürsorge, 40 Prozent Erhöhung der Unterstützung. Im Vorbeigehen wurde etwas gesagt, von Sturz des Kapitals, aber erst Kampf um diese Illusionen, trotzdem der bürgerliche Staat nicht in der Lage ist, dieselben durchzuführen, wie der Referent selbst sagte. Die Aktion zur Durchführung dieser reformistischen Illusionen soll eine große Massen-Demonstration am 18. März sein. Der Staat soll erzittern vor dem Massen-Aufmarsch der Arbeitslosen. Eine Resolution, wo diese Forderungen formuliert waren, sollte den Proletariern zum nötigen Verständnis dienen. Es wurde auch hierin **protestiert** gegen das Schandgesetz.

In der nun folgenden Diskussion meldete sich ein Genosse der KAP. und AAU. zum Wort. Er zeigte den Proletariern zunächst, wer denn die Väter des Gesetzes sind, daß dieselben nicht im Lager des Kapitals zu suchen sind, sondern im Lager der Arbeiterklasse und dies sind die famosen Gewerkschaften. Alle Gesetze, die der bürgerliche Staat durchführt, müssen sich gegen die Arbeiterklasse auswirken, da das Kapital als ökonomisch herrschende Klasse nicht sich belasten wird, sondern alle Lasten auf das Proletariat abwälzt. Er führte nun aus, daß auch dieses Gesetz nur behandelt werden kann im Rahmen der kapitalistischen Krise, da es eine Auswirkung der selben ist. Die Krise ist eine Absatzkrise. Die Absatzmöglichkeiten sind zum großen Teil geschwunden für das europäische Kapital, da die früheren nicht-kapitalistischen Länder (das heißt die Kolonien) eine eigene Industrie entwickelt haben und heute selbst als Konkurrent auf dem Weltmarkte auftreten. Das Kapital versucht daher mit Hilfe der Rationalisierung die Krise zu überwinden. Millionen Proletern müssen aufs Pflaster geworfen werden und die Krise ist zur ständigen Erscheinung innerhalb dieser Ordnung geworden. Die historische Aufgabe der proletarischen Klasse ist es, den Sturz des Kapitals zu erkämpfen durch die soziale Revolution. Dies setzt voraus, daß das Proletariat haben muß andere Methoden. Der Reformismus ist geschichtlich überholt, und da die Gewerkschaften den Reformismus als Grundlage ihrer Politik haben, müssen sie, soll die soziale Revolution Tatsache werden, zertrümmert werden. Die Proletarier müssen sich als Klasse in den Betrieben und auf dem Nachweis zusammenschließen. Diese Betriebsorganisationen sind vereinigt in der Allgemeinen Arbeiter-Union. Sie bieten die einzige Gewähr, gepaart mit revolutionärem Inhalt, die historische Aufgabe durch die Klasse erfüllen zu lassen. Wenn das Proletariat diesen Weg beschreitet, wird es zur Beseitigung aller Uebelstände kommen, die uns das Kapital bringt. Innerhalb des Kapitalismus sind daher 42-Stundenwoche usw. nicht mehr durchzuführen, diese Illusion gilt es zu zerstören — Es folgte nun ein Genosse des „Spartakusbund" Nr. 2, welcher im Sinne des Genossen der KAP. sprach.

Das Schlußwort des Referenten war mehr als erbärmlich, er konnte gegen die sachlichen und grundsätzlichen Ausführungen der Diskussionsredner nicht argumentieren und wiederkäute seinen reformistischen Kohl. Nach dem Referenten mußte nun auch der anwesende Herr Betriebsrat von der Firma Orenstein u. Koppel das Wort ergreifen, dem die Ausführungen des Genossen der KAP. in die Knochen gefahren waren. Nebenbei muß noch bemerkt werden, daß derselbe Mitglied der KPD. ist. Eine mißlungene Betriebsversammlung der Union, die bei der Firma O. u. K. einberufen war, benutzte er zu einer Herabwürdigung der Bewegung der Allgemeinen Arbeiter-Union. Ein Genosse unserseits stellte diese Verleumdung durch eine Erklärung ins richtige Licht, indem er darauf hinwies, daß es gerade der Betriebsrat war, welcher durch Anschlag am schwarzen Brett die Arbeiter darauf aufmerksam machte, daß die Versammlung nicht vom Betriebsrat einberufen sei und sie daher derselben fernbleiben sollen. Das ist nämlich heute die Aufgabe der Betriebsräte im Betrieb: die revolutionäre Propaganda zu hemmen und die Proletarier in die Orgesch-Gewerkschaften zu ziehen.

„Rote Hilfe" und politische Gefangene

Die „Rote Hilfe" versteht es ganz gut, sich mit ihren Taten zu rühmen, wir wissen auch, daß sie an die Gefangenen zu Weihnachten Lebensmittelpakete sendet; aber wir wissen auch, daß sie die Genossen hinter den Zuchthausmauern klassifiziert. Der Strafvollzug teilt die Gefangenen in vier Klassen, u. z. Gefangene der I., II. und III. Stufe, in der IV. Stufe sind die Ueberzeugungstäter. Die letzteren sind allerdings nur wenige, da ja die Justiz selten eine Tat aus Ueberzeugung anerkennt. Die „Rote Hilfe" sendet auch gute Pakete, aber jedenfalls nur an diese Genossen, die bei ihr in der III. Stufe stehen. Folgender Brief wurde von einem Genossen aus Brandenburg geschickt, derselbe scheint auf der I. Stufe der R. H. zu stehen:

Brandenburg, den 9. 1. 27.

Werter Genosse!

Deinen Brief vom 6. 1. 27 habe ich erhalten und daraus ersehen können, daß Du werter Genosse bis dato immer auf eine Antwort von mir gewartet hast, ob in Bezug einer nochmaligen Untersuchung betreffs meines Leidens von seiten der Anstaltsleitung oder vom Strafvollzugsamt irgend etwas in dieser Richtung unternommen worden ist. Dieses werter Genosse kann ich nur mit einem kräftigen Nein beantworten ... — — Auf der dritten Seite heißt es dann weiter: — Nun werter Genosse zu etwas anderem und zwar zum Paket von der Roten Hilfe, Ortsgruppe Staßfurt. Wie Du ja wohl weißt, hatte ich am 9. 12. durch meine Schwester, sowie einen KP.-Genossen aus Bernburg Saale Besuch. Bei demselben hat dieser Genosse meine Schwester, mir ein Paket zu schicken, doch Abstand zu nehmen und es der Roten Hilfe zu überlassen. Schweren Herzens gab meine Schwester nach. Jetzt kommt das Urkomische. Trotzdem die R. H. über das Verhältnis zwischen mir und meiner mir gesetzlich angetrauten Frau unterrichtet ist besaß dieselbe die Unverfrorenheit, das Paket meiner Frau zu übergeben, um mir dasselbe zu übersenden, ich habe die Annahme verweigert. Als es das zweite Mal ankam, mußte ich wohl oder über zur Annahme schreiten, da ich auf Grund meines schweren Arbeitslohnes nicht in der Lage war, noch ein zweites Mal das Porto für die Rücksendung zu tragen. Wie groß aber war mein Erstaunen: die paar Pfund Aepfel vollständig faul, Honig- und Lebkuchen schmeckten, die drei Stück Seife dem Paket beigefügt waren, nach derselben. 16 Pakete Tabak und 80 Stck. Zigaretten, die jetzt auf der Kammer bei meinen Sachen aufbewahrt werden, 1 Stolle, 1 Bratwurst und 1 Rotwurst. Mit einem Worte: es wurde mir mit diesem Paket nicht Freude bereitet, vielmehr Hohn entgegengeschleudert. Die R. H. scheint meines Erachtens nach die Gesundheit der politischen Gefangenen mit Süßigkeiten erhalten zu wollen, anstatt für Schmalz und dergleichen mehr zu sorgen. Ich aber sage: Einmal und nicht wieder. Zum Glück hatten meine beiden Zellengenossen jeder ein Paket erhalten, die man aber als Paket ansehen konnte, und haben mir, da ich doch nichts hatte, etwas abgegeben, damit auch ich des öfteren ein Stückchen Wurst, Schinken und dgl. mehr essen kann. Ich werde der R. H. Bez. Magdeburg-Anhalt, sowie auch der einzigen Stelle in Staßfurt und dem Gen. Esch ... Bernburg Saale, meine Meinung in dieser Richtung kund tun, um fernerhin derartiges Komödienspiel zu unterbinden. Ich hätte absolut nichts dagegen einzuwenden gehabt, wenn nicht der Gen. Esch ... soleh große Sprüche mit dem Rote Hilfepaket geklopft hätte, zumal die Gen. draußen auf Grund der schweren wirtschaftlichen Lage, da der größte Teil der Gen. arbeitslos ist, sich möglichst anstrengen müssen, um den politischen Gefangenen eine Freude bereiten zu können.

Ich schließe nun mit rev. Händedruck und verbleibe stets Euer Genosse E . . . B . . .

Mitteilungen

Reich

Achtung! Reichsumlage!

Zur Finanzierung der bevorstehenden Reichskonferenz erhebt der RAA. für die 7. und 8. Beitragswoche eine Umlage von 50 Pf. pro Mitglied und Woche. Die zweite Rate ist in der jetzigen Woche fällig und wird um schnellste Abrechnung ersucht.

•

An die Ortsgruppen der AAU.

Die neue Agitationsbroschüre „Gewerkschaften oder Allgemeine Arbeiter-Union ist soeben erschienen und von den Ortsgruppen der AAU. beim RAA. zu bestellen. Der Verkaufspreis der Broschüre beträgt 15 Pfennig.

Wir ersuchen um sofortige Abrechnung der Erwerbslosen-Zeitung, da die März-Nummer in Kürze erscheinen soll. Ortsgruppen, die mit ihren Zahlungen im Rückstande bleiben, müssen mit Einstellung der Belieferung rechnen.

Rheinland-Westfalen.

Die Ortsgruppen Kaiserslautern, Anweiler, Landau, Ludwigshafen, Ronsdorf, Essen und Velbert werden hiermit aufgefordert, die erhaltenen Fragebogen sofort zu beantworten.

Ferner werden die Ortsgruppen Köln, Essen, Velbert und Barmen am Regelung ihrer finanziellen Verpflichtungen für Januar ersucht.

•

Niedersachsen.

Sonntag, den 13. März, vormittags 10 Uhr, in Ahlfeld a. d. Leine, bei Tönjes, Winde Nr. 3. **Bezirkskonferenz.** Tagesordnung: 1. Politische Lage. 2. Unsere Stellung zur „Entschiedenen Linken" und zur Opposition im „Spartakusbund". 3. Wahl eines Delegierten zur Reichskonferenz der AAU. 4. Organisatorisches. 5. Verschiedenes.

Alle Unions- und KAP.-Gruppen müssen vertreten sein. Die Gruppen der „Entschiedenen Linken" werden aufgefordert, ebenfalls Delegierte zu schicken.

Groß-Berlin

Wochenbeiträge.

In der 8. Woche (20. bis 26. Februar 1927) betragen die Beiträge — einschließlich 50 Pfg. Umlage für die Reichskonferenz — **1,30 Mk., 1,50 Mk. und 1,80 Mk.** Arbeitslose 10 Pfg.

Kassenrevision am Donnerstag, den 3. März, abends 6 Uhr, an bekannter Stelle. Der 2., 3., 5., 6., 7. und 14. Bezirk müssen Revisoren stellen.

Verantw. Redakteur u. Herausgeber: Hermann Koch, Berlin N.
Druck: Druckerei für Arbeiter-Literatur, Berlin O 17.

Der Kampfruf

Organ der Allgemeinen Arbeiter-Union

(Revolutionäre Betriebs-Organisationen)

Jahrgang 8, Nr. 9 — Die Zeitung erscheint wöchentlich. — Zu beziehen durch die Bezirks-Organisationen der Union u. durch die Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur, Berlin SO. 36, Lausitzer Platz 13 — Preis 15 Pfennig

KPD.-Parteitag und Gewerkschaften

Auf der Tagesordnung des 11. Reichsparteitages der KPD., der vom 2. bis 8. März 1927 in Essen stattfindet, steht erneut das wichtige Problem der leninistischen Gewerkschaftsarbeit. Nach sieben Jahren einer Politik zur Revolutionierung der reformistischen Amsterdamer Verbände muß die „Rote Fahne" vom 1. März (Leitartikel) feststellen: **Unsere bisherige Gewerkschaftsarbeit war . . . noch immer äußerst ungenügend, zum Teil jämmerlich schlecht."** Das ist das Eingeständnis, daß die Moskauer Taktik der Gewerkschaftseroberung bis dato nur Schiffbruch über Schiffbruch erlitten hat. Wir geben uns aber nicht der Illusion hin, daß auf Grund dieser Sachlage die Gewerkschaftsfrage auf dem 11. Parteitag der KPD. nun im revolutionären Sinne aufgerollt und beantwortet wird. Im Gegenteil: der alte Kurs wird konsequent fortgesetzt und die leninistischen Zentralebonzen haben in den vergangenen Monaten alle statuarischen Machtmittel eingesetzt, um auch in der Gewerkschaftsfrage keine grundsätzliche proletarische Opposition aufkommen zu lassen. Ungeachtet dessen wenden wir uns an die Arbeiter der KPD., ihre Stellung zur Gewerkschaftsfrage einer erneuten Prüfung zu unterziehen — trotz aller warnenden Ekkibetrieb.

Um die große Frage: „Sind die reformistischen Gewerkschaften zu erobern, zu revolutionieren", positiv beantworten zu können, müssen die KPD.-Proletarier vor allem die Konsequenzen beachten, welche der Glaube an die Möglichkeit der Gewerkschaftsrevolutionierung in sich birgt. Das heißt: es gilt zu erkennen, daß die Theorie von der Eroberung der Amsterdamer Orgeschverbände auf jede andere gesellschaftspolitische Organisation im Grunde genau so zutrifft. Denn es kann doch nicht von der Hand gewiesen werden: wenn die konterrevolutionären Gewerkschaften in revolutionäre Kampforgane umzuwandeln sind, dann war die Tätigkeit des Spartakusbundes von der SPD. ein ebenso großes Verbrechen in der Revolution, wie die von den Moskauer Internationalen verurteilte Spaltung der Gewerkschaften! Dann war es vielmehr die verdammte Pflicht und Schuldigkeit der Spartakus- und späteren KPD.-Genossen, in der Noske-Partei zu bleiben und sie zu revolutionieren, denn die SPD. ist in ihrem Ursprung noch eine Arbeiterorganisation und wirklich nicht reformistischer und konterrevolutionärer als die „freien" Gewerkschaften! Dann war ferner auch die Spaltung der USPD. 1920 nicht eine Notwendigkeit, sondern im Gegenteil: ihre Umwandlung zu einer revolutionären Partei von innen heraus wäre für die KPD. gewiß nicht schwerer (eher leichter) gewesen, als es die Revolutionierung des Amsterdamer Orgeschbundes ist. Ich nur das. Wenn eine bis ins innerste Mark konterrevolutionäre Organisation wie die Amsterdamer Gewerkschaft revolutioniert werden kann, dann folgt daraus logischerweise, daß auf parlamentarischem Wege auch die Herrschaft der Kapitalistenklasse zu stürzen ist, daß also das Proletariat mit der Waffe der bürgerlichen Demokratie den Kommunismus erringen kann! Denn wer die Revolutionierung der gewerkschaftlichen Konterrevolution durch den Stimmzettel bejaht, der hat faktisch gar kein Argument, die Möglichkeit der Überwindung des Kapitalismus durch den bürgerlichen Parlamentarismus zu bestreiten! **Die Bejahung der Revolutionierung der reformistischen Gewerkschaften bedeutet somit in letzter Konsequenz nichts anderes als die Verneinung der revolutionären Notwendigkeit des bewaffneten Kampfes der Arbeiterschaft gegen die kapitalistische Gesellschaft, bedeutet praktisch die Anerkennung der sozialdemokratischen Utopie „durch (bürgerliche) Demokratie zum Sozalismus"!**

Diese Zusammenhänge zeigen bereits deutlich, daß die Politik der Revolutionierung einer konterrevolutionären Organisation ein verfehltes Beginnen ist. Eine solche Taktik haben die revolutionären Proletarier in konkreten Fällen als nutzlos und schädlich für den modernen Klassenkampf abgelehnt — und damit vollkommen richtig gehandelt. Die Kommunisten haben sich aus der SPD. losgelöst und die KAPD. gespalten in der Erkenntnis, daß die sozialdemokratischen Parteien wegen ihrer reformistischen Versumpfung unfähig und nur hindernd sind für die Vorwärtstreibung der proletarischen Revolution. Die Kommunisten haben ferner begriffen, daß der kapitalistische Staatsapparat nicht mit dem Stimmzettel für die Arbeiterklasse zu erobern ist, sondern mit Waffengewalt zertrümmert werden muß, — und die KPD.-Arbeiter müssen weiter endlich erkennen, daß auch der Glaube an die Möglichkeit der Gewerkschaftsrevolutionierung im krassesten Widerspruch steht zu der im Marxismus wurzelnden revolutionären Staatstheorie Lenins! Wie die staatliche Organisation der Bourgeoisie, wie die kapitalistischen Wirtschaftsverbände und ihre parlamentarischen Parteien, wie die Noske-Sozialdemokratie vom klassenbewußten Proletariat niemals für seine revolutionären Zwecke benutzt werden können, so sind auch die konterrevolutionären Gewerkschaften nicht in revolutionäre Kampforgane umzuformen. **Der unüberbrückbare Gegensatz zwischen Sozialreform und Revolution macht den Kommunisten zur gebieterischen Pflicht, nicht nur gegenüber der Sozialdemokratie, sondern auch gegenüber den Gewerkschaften den politischen Trennungsstrich zu ziehen, da die Spaltung und möglichst weitgehende Zertrümmerung aller kapitalsstützenden reformistischen Arbeiterorganisationen eine unerläßliche geschichtliche Voraussetzung ist für den Aufmarsch der kampffähigen Proletariermassen in einer revolutionären Klassenfront!**

Die Unmöglichkeit der Gewerkschaftsrevolutionierung kann auch nicht widerlegt werden mit dem Hinweis auf die **„russischen Erfahrungen"**, die bekanntlich ein Kernstück in der Argumentation der 3. Internationale sind. Denn die sogenannten russischen Erfahrungen sind bei Lichte besehen nichts anderes, als eine bewußte Tatsachenentstellung! **Die russischen Proletarier hatten es nämlich gar nicht nötig, die Gewerkschaften zu zerschlagen,** weil diese bis zum Ausbruch der Revolution von 1905 illegal gearbeitet hatten und — soweit sie schon vorhanden waren — im Feuer der Revolution, durch die Wucht der einsetzenden Massenstreiks und politischen Auseinandersetzungen gezwungen waren, mit politischen Kampfparolen auf den Plan zu treten! Die Frage des allgemeinen, geheimen und direkten Wahlrechts spielte zusammen mit der Vereins- und Versammlungsfreiheit im Anfangsstadium der Revolution 1905 eine wichtige Rolle und ließ die russischen Arbeiter nicht wie die deutschen nach dem Sturze des wilhelminischen Regimes nur in Lohnbewegungen sich ergehen, sondern zwang sie zu politischen Kämpfen mit dem Zarismus. Selbst die Organisationen der Angestellten und Freien Berufe, vor allem aber die Gewerkschaft der Eisenbahner (die sich erst alle während der Revolutionsbewegung bis Ende April 1905 gebildet hatten), zwang die Revolution in den Dann politischer Auseinandersetzungen, die sich zu einem Machtkampf gegen die Kapitalistenklasse auswuchsen. Auch die Niederschlagung der 1905er Revolution und das Einsetzen der blutigen, zaristischen Willkür drängte die russischen Proletarier mit Ausnahme der Intellektuellen, nicht in den Sumpf kleinbürgerlicher Reformbestrebungen, sondern hielt sie im Gegenteil bei der illegal vorgenommenen Arbeit in revolutionärer Bahn. — Als die Revolution nach dem militärischen Zusammenbruch des Zarismus im Jahre 1917 sich wieder erheben konnte, fielen die russischen Industriearbeiter als Avantgarde des Proletariats die revolutionäre Tradition von 1905 neu aufleben, indem sie die Massen sammelten, um vertretende Institutionen in Form von Deputiertensowjets zu schaffen. Nichts von der Gewerkschaftspolitik des Paktierens mit dem Unternehmertum, in den Arbeitsgemeinschaften kurz vor und in der Revolution, wie wir es in Deutschland täglich sehen, hafteten den russischen Proletariern an und machte sie daher allmählich reif in dem Gedanken zur Ergreifung der politischen Macht, der Errichtung der proletarischen Diktatur. Die verhältnismäßig leichte Umstellung des russischen Gewerkschaftssystems auf den revolutionären Klassenkrieg beweist, daß es nicht konterrevolutionär war und nicht zertrümmert werden brauchte, um ein Neues an dessen Stelle zu setzen. **Russlands blutjunge Gewerkschaften der Revolutionsepoche können also in keiner Beziehung verglichen werden mit den seit einem Menschenalter bestehenden, fest eingewurzelten und verknöcherten, reformistischen Gebilden und all ihren pflegmatischen Einrichtungen, wie es besonders die deutschen Gewerkschaften sind!** Die sogenannten russischen Erfahrungen beweisen alles andere — nur nicht, daß es möglich ist, die reformistischen Organisationen vor dem Siege des Proletariats über die Bourgeoisie in Werkzeuge des revolutionären Klassenkampfes zu verwandeln. **Die Taktik der Revolutionierung konterrevolutionärer Gewerkschaften: — das ist in Wirklichkeit keine Erfahrung des Rußlands der Oktober-Revolution, sondern ein kleinbürgerliches Produkt des Rußlands der antikommunistischen „Neuen Oekonomischen Politik"!**

Diesen ehernen Tatsachen stehen gegenüber die deutschen Erfahrungen: die Verbrechen der Gewerkschaften im imperialistischen Kriege und ihre konterrevolutionäre Rolle in den revolutionären Kämpfen des Proletariats, die gewerkschaftliche Unterstützungs des „Wiederaufbaues" der Profitwirtschaft und der massenverelendenden kapitalistischen Rationalisierung, die Amsterdamer Streikbruchpolitik im englischen Bergarbeiterstreik und Hamburger Hafenarbeiterausstand, die Förderung der kapitalistischen Hungeroffensive durch die den Schlichtungsbetrug sanktionierende Gewerkschaftspolitik, die planmäßige Wehrlosmachung und Zermürbung des Proletariats durch die Gewerkschaften mittels der Sklavenpeitsche der „Wirtschaftsdemokratie". Diese mit ungeheuren Opfern an Gut und Blut gewonnenen Erfahrungen der gewerkschaftlichen Politik beweisen täglich aufs neue, daß die Amsterdamer Orgeschverbände ein Stück der kapitalistischen Gesellschaft sind und deshalb nicht revolutioniert werden können. Auf all diese teuer erkauften Erfahrungen müssen sich die ehrlichen KPD.-Arbeiter besinnen und ungeachtet der Bannflüche der nep-bolschewistischen Renegaten des Kommunismus die Frage so zur Entscheidung stellen: **Entweder unter der Parole „Gewerkschaftseinheit" willenlose Söldner der Amsterdamer Konterrevolution des Kapitalismus bleiben — oder unter der Losung „Zerstörung der gewerkschaftlichen Kapitalsbollwerke durch proletarischen Massenaufmarsch in der Allgemeinen Arbeiter-Union" klassenbewußte Soldaten der kommunistischen Revolution sein!** Dies oder das — ein Hüben und Drüben nur gilt!

Aus dem Schweinestall der „revolutionären" Parlamentarier

Wenn der deutsche Reichstag, dieses ohnmächtigste Parlament der kapitalistischen Welt, seine sogenannten „großen" Tage hat, spielt sich gewöhnlich immer die KPD. mit zungengymnastischen Spitzenleistungen als diejenige Partei auf, die einzig und allein nur die Interessen des geknechteten und verelendeten Proletariats vertritt. So forderte jüngst erst, beim Wiederzusammentritt des Reichstages, die KPD.-Fraktion eine 40prozentige Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung, Verbot der Ueberstunden sowie Verkürzung der Arbeitszeit zwecks Einreihung der Erwerbslosen in den Produktionsprozeß und ähnliches mehr.

Diese Forderungen der KPD., so unerfüllbar sie auch innerhalb des kapitalistischen Systems sind, wird sicher kein Erwerbsloser als bewußten Arbeiterverrat betrachten.

Doch die deutsche Quasselbude hat hin und wieder auch ihre wirklich großen Tage, **wo die KPD.-Parlamentarier ihr Löwenfell mit dem Schafspelz vertauschen und als regelrechte Sachwalter kapitalistischer Interessen auftreten!** Die leninistische Presse berichtet von diesen merkwürdigen Beispielen des „revolutionären" Parlamentarismus natürlich kein Sterbenswörtchen, weshalb wir den Proletariermassen klaren Wein einschenken müssen.

Die KPD. treibt eine Politik des Arbeiterverrats? Jawohl! Das ist keine „antibolschewistische Verleumdung", denn hier sind etliche Beweise:

Die KPD. für Ausbau der Reichswehr und Marine!

Im Jahre 1926 beantragte die KPD. — Drucksache Nr. 2163) — zusammen mit der Sozialdemokratie und sämtlichen bürgerlichen Parteien des Reichstags die Einsetzung folgender Beamtenstellen bei Reichswehr und Marine:

1. Heeresesen:

In Gruppe a) X 10 Verwaltungsoberinspektoren
a) IX 39 Regierungsoberinspektoren
a) VIII 72 Regierungsinspektoren
a) VII 62 Oberregierungssekretäre
a) VII 7 Regierungssekretäre
a) VI 16 Verwaltungssekretäre

(Das stinkt sehr nach Schwarzer Reichswehr. Die Red.)

Für die Marine forderte die KPD. mit den Bürgerlichen unter anderem:

3 Intendanturamtsmänner, 9 Intendanturoberinspektoren, 20 Intendaturinspektoren usw.

Die KPD. für die Gehalts-Erhöhung Hindenburgs!

Zum § 11 des Haushaltungsgesetzes betantragte die KPD. im Reichstag — (Antrag Stöcker, Torgler und Genossen; Drucksache Nr. 2149) — u. a. auch **den Reichsbeamten von Gruppe X an aufwärts einen Zuschlag in Höhe von 10. v. H. zum Gehalt zu gewähren.** Es handelt sich hier um die höchsten Beamten vom Amtsrichter und Landrat aufwärts, einschließlich des **Reichspräsidenten** v. Hindenburg.

Die KPD. für die Exmission proletarischer Mieter!

Im Juni 1926 beantragte die KPD. — (Antrag Stöcker, Thälmann und Genossen; Drucksache Nr. 2412) — zum Entwurf eines Gesetzes zur Abänderung des Mieterschutzgesetzes u. a. folgendes:

„Der Vermieter kann auf Aufhebung des Mietsverhältnisses klagen, wenn der Mieter oder eine Person, die zu seinem Hausstand oder Geschäftsbetrieb gehört, oder der er den Gebrauch des Mietsraumes überlassen hat, durch **unrechtmäßiges schuldhaftes Handeln** den Vermieter oder Hausbewohner **gröblich belästigt,** oder durch **unangemessenen Gebrauch** des Mietraums oder durch grobe Vernachlässigung der gebotenen Sorgfalt, den Mietraum oder das Gebäude erheblich gefährdet, oder wenn der **Mieter einem Dritten den Gebrauch des Mietraums beläßt,** obwohl er zur Ueberlassung nicht befugt ist . . . **Der Vermieter kann auf Aufhebung des Mietsverhältnisses klagen, wenn der Mieter** den Mietzins in kürzeren als vierteljährlichen Zeitabschnitten zu entrichten hat, **infolge offenbar böswilligen Verschuldens mit einem Betrag in Verzug ist, der den für die Dauer von zwei Monaten zu entrichtenden Mietzins erreicht . . . .** Wird das Mietsverhältnis . . . . aufgehoben, so hat das Gericht den Vermieter zu verpflichten, dem Mieter, die für den Umzug innerhalb des Gemeindebezirks erforderlichen Kosten zu ersetzen, sofern dadurch für den Vermieter nicht eine außerordentliche unbillige Härte entsteht . . . Hier hat der zuständige Amtsrichter oder in dessen Auftrag der Gerichtsschreiber der Fürsorgebehörde unverzüglich Mitteilung zu machen, mit der Aufforderung eine Prüfung darüber vorzunehmen, ob für den vorliegenden Fall (es handelt sich um Zwangsvollstreckung durch Exmissionen! d. Red.) die Voraussetzungen des Reichsfürsorgegesetzes gegeben sind."

Ueber das Verhältnis eines Arbeiters, der in einer Werkswohnung wohnt, zu seinem Unternehmer, beantragte die KPD. folgendes:

„Ist der Raum nur mit Rücksicht auf ein zwischen den Vertragsstellen bestehendes Dienst- oder Arbeitsverhältnis vermietet (Werkwohnung) so gelten die §§ 1 und 19 ausschließlich auch über die Dauer des Dienst- und Arbeitsverhältnisses hinaus.

Dies gilt nicht, wenn der Mieter durch **grobes, pflichtwidriges Verhalten** begründeten Anlaß zur Auflösung des Dienst- oder Arbeitsverhältnisses gegeben hat."

Diese Anträge gewähren jedem Proletarier, der nicht mit einem Brett vorm Kopf herumläuft, einen lehrreichen Blick in den parlamentarischen Schweinestall der KPD. Die Liebe, welche die leninistischen Parlamentarier für den Unterdrückungsapparat des kapitalistischen Klassenstaates an den Tag legen, ist schier unglaublich, — aber sie ist eherne Tatsache!

Zweieinhalb Millionen Proletarier nagen buchstäblich am Hungertuch und müssen mit ihren Bettelpfennigen aus der staatlichen „Fürsorge" ein „Leben" führen, das zehnmal schlechter ist als das jener Schoßhündchen, die auf dem Kurfürstendamm von feisten Bourgeois können spazieren gefahren werden. Die KPD.-Bonzen brüllen sich in Arbeiterversammlungen heiser nach „Hilfe für die Erwerbslosen" — und sind im selben Atemzuge dafür, daß die höchsten Staatsbeamten der Bourgeoisie für ihre

---

März-Kundgebung der AAU. und KAP. Berlin.

Sonnabend, den 19. März 1927,
in der Schultheiß-Brauerei, Hasenheide 22/31

Die Toten an die Lebenden!

Mitwirkende:
Gesangs-Gemeinschaft Rosebery d'Arguto, M. d. A.S.B.
Rezitationen: Theo Maret. — Ansprache.
Saalöffnung 6,30 Uhr. Anfang pünktlich 7,45 Uhr.
Eintritt 75 Pfg. — Arbeitslose 40 Pfg.

Karten sind zu haben bei allen Funktionären und Zeitungsobleuten der AAU. und KAP. sowie in der Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Bln. SO 36, Lausitzer Pl. 13.

Schergendienste am Proletariat eine zehnprozentige Gehaltszulage erhalten! Und damit die Kapitalistenklasse auch stark genug ist, um rebellierende Arbeitslosenbataillone brutal niederzuschlagen, setzt sich die KPD.-Fraktion für den Ausbau des militärischen Machtapparates der Bourgeoisie ein! — „Hilfe für die Erwerbslosen"!! — Freilich, wer wie die KPD. die Belieferung der deutschen Reichswehr mit „Sowjetmunition" verteidigt, der muß konsequenterweise die deutsch-russischen Beziehungen auch fördern durch realpolitische Liebesdienste für Hindenburg und die kapitalistische Bürgerkriegsarmee! Sagt doch schon ein altes Sprichwort so schön: Eine Hand wäscht die andere...!

Wie sehr die „einzige Arbeiterpartei" bereits kleinbürgerlich verseucht ist, zeigt drastisch ihre Stellung zur Mieterschutzfrage. Der oben wiedergegebene Antrag ist ein schamloses Bauchrutschen der KPD. vor den reaktionären Interessen des „werktätigen" Mittelstandes, denn er gibt den Hausbesitzern die gesetzliche Handhabe, gegen erwerbslose Proleten rigoros vorzugehen. Jeder Arbeiter kann sich im Geiste leicht ausmalen, was die Richter des kapitalistischen Klassenstaates unter „gröblicher Belästigung" des Hauswirts verstehen. Er stelle sich nur mal folgenden Fall vor: Ein Erwerbsloser weigert sich, eine Arbeit für einen Hundelohn anzunehmen und bleibt deshalb die Miete schuldig. Dieser Grund ist nach bürgerlichem Recht schon „böswilliges Verschulden", also für den Hauspascha der erforderliche Anlaß, um den Proleten durch Gerichtsbeschluß aus der Wohnung zu werfen. Im Falle der Werkswohnungen ist das „pflichtwidrige Verhalten" bereits gegeben, wenn der proletarische Mieter infolge eines längeren Streiks zahlungsunfähig ist. Die Kehrseite der Medaille ist hier obendrein der Zwang zum Streikbruch! — Und warum dieser dem gesamten Proletariat, und besonders den Erwerbslosen, brutal ins Gesicht schlagende Antrag der KPD.-Fraktion? Weil die KPD. nur durch solche Konzessionen an kapitalistische Interessen die unzufriedenen Mittelständler und wildgewordenen Spießbürger für die Einheitsfront der Merkwürdigen gewinnen kann!

„Hilfe für die Erwerbslosen", wagt jene leninistische Partei zu fordern, die für die Gehaltserhöhung Hindenburgs, für den Ausbau der Bürgerkriegsarmee der kapitalistenklasse und für die Stärkung der Hausbesitzerinteressen mitmacht! Proleten, faßt euch an den Kopf und erkennt: **Die „praktische Arbeit" der „revolutionären" Parlamentarier ist Arbeit für den Kapitalismus, ist Arbeit für die leibhaftige Konterrevolution — ist schändlicher Verrat und Betrug an den proletarischen Massen!** Proleten, wollt ihr in diesem kleinbürgerlichen Morast der doppelzüngigen leninistischen Politik verkommen? Wenn nicht, dann mistet den parlamentarischen Schweinestall der KPD. aus, indem ihr euch schart um das revolutionäre Banner der KAP. und AAU., um die Fahne des kompromißlosen Klassenkampfes!

Die letzte Nacht

Von Andrei Sobol.

In einer der Gefängniszellen saßen vier Häftlinge, zum Tode verurteilt.

Aus dem Fenster der Zelle Nr. 12 ließ eine Hand eine dünne Schnur mit einem an ihr befestigten Zettel hinuntergleiten, welcher durch das vergitterte Fenster in die Zelle Nr. 13 hineinfiel.

Einer der Gefangenen ergriff den Zettel und überflog blitzschnell seinen Inhalt. Der Zettel wanderte von Hand zu Hand. Die Gefangenen erbleichten. Es wurde ganz still.

Der Inhalt des Zettels lautete:

„Ihr werdet heute aus dem Gefängnis hinausgeführt . . . Im Interesse der Partei sind alle unnützen Opfer zu vermeiden. Ihr müßt das Urteil schweigend hinnehmen. Ohne Lärm. Ohne Widerstand. Wir sind machtlos. Ihr müßt euch beherrschen. Demonstriert nicht. In der Stadt ist Pogrom. Die Kosaken ziehen vorbei."

Von Fenster zu Fenster, von Zelle zu Zelle wanderte der tragische Zettel und allen Gefangenen erstarrte das Blut . . . . Zwei Häftlinge schlieen, der dritte knetete Fladen aus Brot, der vierte schaute durchs Schlüsselloch auf den Korridor, wo ein Soldat, das Gewehr über dem Arm, auf- und abspazierte.

Der Zar läßt die Gefangenen scharf bewachen.

„Unsere letzte Nacht . . ." flüsterte leise einer der Gefangenen, um die Schlafenden nicht zu wecken. „Ich will noch leben . . . Ich habe Hunger . . . Glaubst du, daß wir vor dem Tode noch ein Frühstück bekommen?"

Er legte sich auf die Pritsche und zog den Sträflingsmantel über den Kopf zusammen.

„Ich fürchte mich vor dem Tode", flüsterte der andere, „und du?"

Der Kamerad umarmte ihn innig und küßte ihn auf die Stirn.

„Mitia", sagte er, „unser Leben geht seinem Ende zu . . . Wir werden nie mehr die Stadt sehen . . . nie mehr . . ."

Zu gleicher Zeit probierte in einem anderen Stadtteil ein breitschultriger, starker Mann eine Gendarmerieuniform an und brummte unwillig:

„Zum Teufel auch! Ich säge gleich, die Uniform ist mir zu eng. Was jetzt?"

Neben ihm stand eine schlanke Frau.

„Sei nicht böse . . . . Ich werde es sofort flicken. So . . . Ist es jetzt gut?"

„Meine Arme sind wie zusammengebunden. Im Notfall werde ich nicht einmal die Pistole aus der Tasche ziehen können."

Die Frau schaute ihn drohend an:

„Du darfst nicht schießen! Hörst du, sonst breche ich jede Beziehung mit dir ab."

Der Gendarm lächelte:

„Du liest zuviel Romane, Mascha. Man muß das Leben nüchtern betrachten . . .

Die Frau schwieg. Nach einer Weile flüsterte sie leise:

„Kotja . . . ob es wohl gelingen wird? Wenn wir Pech haben . . . laufe ich dir auf und davon."

Der breitschultrige Mann knöpfte seine Uniform zu.

„Fürchte nichts . . . . ich bin ein guter Regisseur."

Ein junger Gendarm trat ein und meldete stramm:

„Herr Rittmeister! Das Telephon!"

„Wer ist am Apparat?"

„Der Gefängnisdirektor!"

„Ich komme sofort."

Am anderen Ende der Stadt hielt das Hörrohr der Gefängnisdirektion ein aufgeregtes zitternde Stimme:

„Jawohl, Herr Rittmeister. Zu Befehl, Herr Rittmeister: Zwei plombierte Wagen . . . . ohne Lärm, verstehe schon . . . . ganz still . . . Der Kommandant der Eskorte ist Rittmeister Kurenkow . . . Ich habe nicht die Ehre ihn zu kennen — ach ja, er ist heute aus Petersburg angekommen. Zu Befehl, Herr Rittmeister. Ich verstehe, im Walde hinter dem Bahnhof . . . . alle vier Gefangenen. Ich verstehe, Herr Rittmeister."

Eine Stunde später fuhren zwei geschlossene Wagen in der Richtung des Gefängnisses. Die Wagen waren von Gendarmen umringt.

Vor dem Tore des Gefängnisses hielten sie.

Aus dem einen Wagen stieg ein breitschultriger Gendarm und zog an der Torglocke.

Der Gefängnisdirektor erschien.

„Ist Ihnen der Befehl seiner Exzellenz bekannt?" fragte Rittmeister Kurenkow. „Sind die Gefangenen bereit? Bitte sie herausführen!"

Die Verurteilten kamen einzeln aus der Zelle. Rittmeister Kurenkow rauchte nervös eine Zigarette nach der anderen.

Einer der Gefangenen entriß sich plötzlich den Gendarmen, aber der Rittmeister packte ihn und übergab ihn den Gefängnisaufsehern.

„Rascher!"

Der Rittmeister salutierte und verließ das Gefängnis.

Die Wagen setzten sich in Bewegung. Nach einer halben Stunde wichen sie vom Wege ab und fuhren statt zum Bahnhof, gegen den Fluß, jenseits des Ufers war rumänisches Land.

Plötzlich erlosch sich der Rittmeister und sagte nervös:

„Genossen! . . . Bitte nur Ruhe zu bewahren . . . . Haben sind Pistolen und etwas Bargeld. Viel Glück!"

Und eine halbe Stunde später telephonierte der Gefängnisdirektor nach Hause:

„Mascha! Du kannst dich schon niederlegen. Und lies keine aufregenden Romane mehr . . . Alles ist in Ordnung . . . Gute Nacht."

Die Solidarität der „Wilden"

Im Scherlschen „Tag" erzählt ein deutschnationaler Etappenkrieger (der scheinbar, aus Patriotismus, sich in französische Gefangenschaft begab, um sein kostbares Leben seinem Vaterlande für deutschnationale Propaganda zu erhalten) sein Erlebnisse aus französischer Gefangenschaft. Dabei macht er die erschütternde Entdeckung, daß die Anamiten*) richtigerweise deutsch-national denken, wie er, wie alle die dekorierten Etappen- und Heimkrieger. Das schmerzt er daraus, daß die „gelben Wilden" deutsche Soldatenehrer pflegten, nicht den französische, daß sie deutschen Gefangenen in jeder Beziehung beistanden, ihnen trotz aller Chikane und Bestrafungen die Nahrung zusteckten, ihnen zur Flucht verhalfen (auch nach Scherlschen Schreiber — 1919!), daß sie davon durch Beschimpfungen nicht abzubringen waren.

Daraus schließt der Herr — W. Wacker, Potsdam (!) daß die Anamiten im Deutschtum den — Sieger im Weltkrieg erkannten!!

Aus eigener Kenntnis der anamitischen Seele können Scherl und seinem Mitarbeiter vertraen, daß die Anamiten nicht geholfen hätten, wenn sie gewußt hätten, daß sie sich dafür im Skandalunternehmen Scherl beschimpft werden.

Die Ursache der Solidarität der „Wilden" mit den deutschen Soldaten lag natürlich darin, daß sie in den Franzosen in der Heimat wie im Felde ihre Bedrücker sahen. In den Deutschen (Gefangenen) dagegen die Unterdrückten, die Unterjochten, die Ausgebeuteten, die Beschimpften die, sowohl in der Heimat den Monarchismus und Militarismus frei waren, in der Heimat den Monarchismus und Militarismus durch den Dolchstoß in den Rücken überwunden und durch monarchistische Gesindel in die Flucht gejagt hatten.

Anamiten handelten aus Klassensolidarität!

Die Anamiten, die auch sicher von den sozialdemokratischen Gewerkschaftsfeln als Wilde betrachtet werden können sich die deutschen Proletarier immerhin als Beispiel nehmen und viel von ihnen lernen.

*) An-Nam, d. h. der beruhigte Süden, ein französisches Vasallenstaat, ein Königreich in Indochina, an der Ostküste von Hinterindien.

Politische Rundschau

Das deutsch-russische Munitionsgeschäft

Vor dem „Auswärtigen Ausschuß" des Reichstages.

Der Ring der Beweise über die „Sowjetgranaten" schließt sich immer mehr. Sogar von offizieller deutscher Seite wird jetzt die Wahrheit der bekannten Enthüllungen des „Manchester Guardian" unumwunden bestätigt. So tagte am 23. Februar der sogenannte „Auswärtige Ausschuß", der sich auch mit den deutsch-russischen Beziehungen beschäftigte. Ueber diese vertrauliche Sitzung berichtet das „Berliner Tageblatt" vom 24. 2. u. a.:

„Die Verhandlungen im Auswärtigen Ausschuß haben neues Material . . . nicht mehr gebracht. Wohl aber konnte man aus den Erklärungen der Vertreter der Reichsregierung entnehmen, **daß offenbar im großen und ganzen das veröffentlichte Material über die Beziehungen von gewissen Stellen des Reichswehrministeriums zu mehr oder weniger amtlichen Organen der Sowjetrepublik den Tatsachen entspricht. Die Veröffentlichungen des „Manchester Guardian" über diese Beziehungen und die späteren Veröffentlichungen in einem Teil der deutschen Presse entsprechen,** wie sich zeigte, abgesehen von Einzelheiten, der **Sachlage.**"

Ferner schreibt das Stresemann-Blatt „Tägliche Rundschau" vom 24. 2.:

„Soweit man den wirklichen Tatbestand übersehen kann, handelt es sich um Munitionsbestellungen, die in eine Zeit zurückreichen, in der im Reich Herr Dr. Wirth und in Preußen Herr Severing nicht unmaßgeblich an der Regierungsverantwortung beteiligt waren. Daß man die Bestellungen in Rußland aufgab, wird wohl an der damaligen Unsicherheit der innerdeutschen Verhältnisse gelegen haben. Offenbar sind dann die Bestellungen erst in späteren Jahren ausgeführt worden, **so daß die letzten Abnahmen erst im vorigen Jahre erfolgten."**

Wollen die Proletarier etwa noch mehr an Beweisen für die Munitionsbelieferung Deutschlands durch „Sowjetrußland"? Glaubt etwa ein urteilsfähiger Arbeiter, daß die deutsche Kapitalistenklasse so sträflich dumm ist, ihre Handelsbeziehungen mit Rußland durch die Ausstreuung gemeinster Lügen aufs schwerste zu stören?

Die KPD.-Führer — die zu den obigen Mitteilungen der bürgerlichen Presse betreten schweigen — werden natürlich weiter brüllen: „Es ist alles Schwindel." Doch sie müssen sich vor dem Proletariat als schamlose Kuppler der Wahrheit ausspielen, weil die Existenzgrundlage der leninistischen Granatenpartei heute auf nichts ist, denn auf die politische Indifferentismus einer bedingungslosen Rußlandgläubigkeit ist.

Ein neues Arbeitszeit-Notgesetz

Das „Gemeinwohl" erlaubt den 10- und 12-Stundentag.

Dem Reichsrat und dem Vorläufigen Reichswirtschaftsrat der kapitalistischen Republik ist soeben eine Vorlage über die Neuregelung der Arbeitszeit zugegangen. Der Entwurf lautet im wesentlichen:

Der Reichstag hat das folgende Gesetz beschlossen, das mit Zustimmung des Reichsrats hiermit verkündet wird: Die Verordnung über die Arbeitszeit vom 21. Dezember 1923 (Reichsgesetzblatt I S. 1249) wird, vorbehaltlich der endgültigen gesetzlichen Regelung, wie folgt geändert:

1. Der Paragraph 6 erhält folgenden Absatz 3:

„War die Arbeitszeit tarifvertraglich gerregelt und ist der Tarifvertrag seit nicht mehr als drei Monaten abgelaufen so dürfen die im Absatz 1 bezeichneten Behörden nur Arbeitszeiten zulassen, die nach dem Tarifvertrag zulässig gewesen wären."

2. Der Paragraph 6 erhält folgenden Absatz 4:

„Wird die Mehrarbeit nach Absatz 1 aus allgemein wirtschaftlichen Gründen zugelassen, so hat die zulassende Behörde sie davon abhängig zu machen, daß den Arbeitern über den Lohn für die regelmäßige Arbeitszeit hinaus ein angemessener Zuschlag gezahlt wird. Als angemessen gilt mangels einer abweichenden Vereinbarung ein Zuschlag von fünfundzwanzig vom Hundert. Kommt über die Bemessung des Zuschlags keine Einigung unter den Beteiligten zustande, so entscheidet darüber die zulassende Behörde endgültig. Die Vorschrift des Satz 1 gilt nicht für Lehrlinge."

3. Der bisherige Absatz 3 des Paragraph 6 wird Absatz 5.

4. Der Paragraph 9, Absatz 1, erhält folgenden Wortlaut:

„**Die Arbeitszeit darf** bei Anwendung der in den §§ 3 bis 7 bezeichneten Ausnahmen **zehn Stunden täglich nicht überschreiten;** eine **Ueberschreitung** dieser Grenze ist nur in Ausnahmefällen aus dringenden Gründen des Gemeinwohls **mit befristeter Genehmigung** der im § 6, Absatz 1, bezeichneten Behörde **zulässig."**

Diese Vorlage der Reichsregierung kommt den Wünschen der Unternehmer hinsichtlich der Arbeitszeit in weitgehendem Maße entgegen. Denn durch die Abänderung des Paragraphen 9 ist es jetzt zulässig, „aus dringenden Gründen des Gemeinwohls auch in Betrieben der gesundheitsgefährlichen Berufe die Arbeitszeit über zehn Stunden hinaus zu verlängern. Außerdem ist allgemein die Ueberschreitung der Zehnstunden-Maximalgrenze als Regelarbeitszeit gesetzlich zulässig, um dadurch einen Ausgleich für den freien Sonnabendnachmittag herbeizuführen.

Die Verschlechterungen, welche das neue Arbeitszeit-Notgesetz für die Proletarier bringt, sind sogar den „Vorwärts"-Skribenten etwas zu starker Tabak. Die Arbeiterschaft jedoch darf nicht vergessen, daß die neue Regierungsvorlage nur ein praktisches Resultat jenes kapitalistischen „Wiederaufbaues" ist, den die sozialdemokratisch-gewerkschaftlichen Organisationen seit acht Jahren tatkräftig unterstützen. Der Kampf des Proletariats gegen seine steigende Verelendung ist deshalb gleichbedeutend mit der revolutionären Kriegserklärung an die reformistischen Politikanten und ihre leninistischen Großknechte.

Die Geißel der „Wirtschaftsdemokratie"

Die Gewerkschaften für 12-Stundenschicht.

Der „Roten Fahne" vom 1. März entnehmen wir folgenden Bericht:

„Am Sonntag, den 27. Februar, tagte in Hindenburg die **Revierkonferenz** des Verbandes der **Bergarbeiter** Deutschlands für den Bezirk **Oberschlesien.** Die Konferenz beschäftigte sich mit dem Schiedsspruch über die Arbeitszeit. Dieser Spruch verringert die jetzt tarifliche 8½-Stundenschicht unter Tage ab 1. März um eine Viertelstunde und ab 1. September um eine weitere Viertelstunde. Erst von diesen Terminen an sollen die Bergarbeiter mit der längsten Arbeitszeit nicht die in unzähligen Versammlungen und Konferenzen geforderte Sieben-Stundenschicht, sondern die Acht-Stundenschicht erhalten.

In der Arbeitszeit über Tage ist überhaupt keine Besserung erfolgt. **Für Uebertagearbeiter bleibt auch weiter der 10-Stundentag oder die 12-Stundenschicht.**

Der Bezirksleiter Franz-Gleiwitz und das Hauptvorstandsmitglied Schmidt-Bochum bemühten sich im Schweiße ihres Angesichts, die Kumpels von der Notwendigkeit der Annahme des Schiedsspruches zu überzeugen. Den demagogischen Künsten der Reformisten, die mit der Verbindlichkeitserklärung rollten, gelang es, die Mehrheit der Versammlung für die Annahme des Schiedsspruches zu gewinnen."

Die „Rote Fahne" scireit „schamloser Verrat" — und „der ADGB. muß"; „Da ist aber nur der zum Scheitern verurteilte Versuch, die wirtschaftsdemokratischen Gewerkschaftsbesitzer mit demagogischen Mätzchen zu übertrumpfen.

*

Zwei 54-Stunden-Schiedssprüche.

Solingen, 25. Februar. Gestern wurde von dem Schlichtungsausschuß für das Bergische Land für die Solinger Metallindustrie folgender provokatorischer Schiedsspruch gefällt:

„Die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit ohne Pausen beträgt 48 Stunden. Sie kann von der Betriebsleitung nach Anhörung (d. h. ohne Zustimmung) der gesetzlichen Betriebsvertretung für einzelne Arbeitergruppen, Abteilungen oder den ganzen Betrieb bis zu 54 Stunden ausgedehnt werden.

Zuschlagspflichtig nach § 6 des Tarifvertrages ist die über 54 Wochenstunden hinausgehende Arbeitszeit. Die Verteilung der Arbeitszeit hat so zu erfolgen, daß der Samstagnachmittag nach Möglichkeit arbeitsfrei bleibt.

In kontinuierlichen Betrieben oder Betriebsabteilungen kann die Betriebsleitung nach Anhören der gesetzlichen Betriebsvertretung das zweiteilhafte System einführen."

Dieses Abkommen tritt mit Wirkung vom 1. März 1927 in Kraft und kann von beiden Seiten mit monatlicher Frist zum Monatsende, erstmalig zum 31. Dezember 1927, gekündigt werden."

Remscheid, 25. Februar. Für die Remscheider Metallindustrie wurde vom Schlichtungsausschuß für das Bergische Land ein Schiedsspruch gefällt, der neben einer geringfügigen Lohnerhöhung folgende Arbeitszeitregelung vorsieht:

„Ab 1. März 1927 beträgt die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit ausschließlich der Pausen 48 Stunden. Ueber die 48 Stunden hinaus ist auf Anordnung des Arbeitgebers eine Mehrleistung von sechs Stunden (bisher sieben Stunden) zu normalen Stundenlohn zulässig. Für die Feuer- und sonstigen kontinuierlichen Betriebe, die bisher 56 Stunden wöchentlich gearbeitet haben, bleibt es bei der bisherigen Regelung. Die Entscheidung der Parteien über Annahme oder Ablehnung hat bis zum 1. März zu erfolgen."

*

Amsterdams Burgfrieden im Baugewerbe.

Vom 22. bis 25. Februar haben die Führer des Baugewerkschaftes und die Bauunternehmer zum sechsten Mal über den Abschluß eines Burgfriedensvertrages verhandelt. Nach einem Bericht des „Deutschen" ist der Kuhhandel nun so weit gediehen, daß am 11. und 12. März der endgültige Wortlaut des Vertrages festgelegt werden soll. Einstweilen hat man den alten Burgfriedensvertrag, der am 28. Februar abläuft, bis zum 31. März verlängert.

104 Stunden Wochenarbeitszeit!

In der Baumwollspinnerei und -Weberei C. C. Förster A.-G. Nensalza-Spremberg arbeiten die Färberei- und Bleicherarbeiter auf Veranlassung der Firma seit längerer Zeit 104 Stunden in der Woche, das heißt, der einzelne Arbeiter steht pro Tag von Montag bis Freitag je 19 Stunden und am Sonnabend 9 Stunden.

Diese Meldung des „Vorwärts" vom 26. Februar ist ein prächtiges Kulturbild zu der von der gewerkschaftlich-sozialdemokratischen Organisation gepriesenen kapitalistischen Rationalisierung und „Wirtschaftsdemokratie".

Steuergelder für das Schiffskapital

Unterstützung aus der produktiven Erwerbslosenfürsorge.

Wenn man die Sache recht überlegt, so ist das deutsche Reederei- und Werftkapital der Sieger im Weltkriege. Ihm wurden die unbrauchbar gewordenen alten Kasten, mit denen im Kriege goldenen Segen erntete, abgenommen und auf Kosten aus den Steuergeldern der Proletarier erhielt er sie dafür. Während Millionen Arbeiter auf dem „Felde der Ehre" fürs Kapital verbluteten, Hunderttausende Kleinrentner, Mittelständler, Sparer durch die Inflation enteignet wurden und Millionen Proletarier hungernd auf der Straße liegen, hat das Reederei- und Schiffbaukapital sein Vermögen seit dem Kriege verviefacht.

Das Schiffskapital (Reederei- und Werftkapital ist meistens dasselbe, resp. arbeitet es Hand in Hand), erhielt in den ersten Jahren nach der „Revolution" Millionen aus dem Staatssäckel. Die famose „Arbeiterregierung" (die „Volksbeauftragten"), von der sich die Arbeiterklasse am willigsten ausbeuten ließ, begann mit der Unterstützung des Schiffskapitals und alle nachfolgenden Regierungen setzten diese Politik willig fort. Im Vorjahre, während des englischen Bergarbeiterstreiks, als die Beförderung von Streikbruchkohle ihm unerhörte Profite abwarf, bekam das Schiffskapital aus der produktiven Erwerbslosen-Fürsorge 50 Millionen Mark. Jetzt sind ihm abermals, vorläufig 18 Millionen Mark, Erwerbslosengelder zugeschanzt worden. Obendrein werden dem Werftkapital noch billige Arbeitskräfte zugewiesen, die noch rechtloser sind als die „freien" Arbeiter. Mit den Geldern der Erwerbslosen-„fürsorge" rationalisiert das Werftkapital und wirft dafür von neuem Tausende aufs Pflaster. Das ist aber der Sinn der Rationalisierung und der Demokratie.

Die syndikalistische Weisheit

„Her mit dem 6-Stundentag!"

Die freigeilen ADGB.-Gewerkschaften verlangen, daß die Proletarier im Interesse der Demokraten und ihres Staates im Minimum 10 Stunden den Kapitalismus aufbauen und sich das Joch festigen, die KPD., „radikaler" als die Noskegewerkschaften, verlangt nur 10, und, wo alles rationalisiert und „aufbaut", wo alles Profite schindet, kann der Syndikalismus natürlich nicht zurückstehen, als kleinbürgerlicher Berufsvereinsersatz.

Der Syndikalist (Nr. 9, v. 26. 2. 27) rügt in einer Kritik die ADGB.-Politik und die von ihm geforderte Rationalisierung, in der es sehr richtig heißt:

„Die Umstellung der Produktionsmethoden brachte es mit sich, daß durch verbesserte Produktionsmittel mit weniger Arbeitskräften mehr geleistet werden kann wie früher. Also wurden Arbeiter überflüssig. Jetzt spielt sich ein ähnlicher Vorgang ab wie bei Beginn der kapitalistischen Aera und bei Einführung der Maschinen. Damals wurden riesige Proletariermassen auf die Straße geworfen, die langsam zugrunde gingen, und heute geht es auch so. Wenn die erwerbslosen Massen nicht zugrunde gehen wollen, müssen sie sich wehren."

Und wie sollen sich die Arbeiter dagegen wehren? Auch das wird uns in dankenswerter Weise verraten:

„Das einzige Mittel wäre, die allgemeine Arbeitszeit auf 6 Stunden herabzusetzen, dann würden die Arbeitslosen wieder Arbeit erhalten und ein Ausgleich geschaffen werden.

Alles andere sind nur Palliativmittel, die überhaupt keine Lösung bringen."

Die proletarische Revolution, die Besitzergreifung der Wirtschaft durch die organisierte Klassengewalt, um für das Proletariat selbst zu produzieren, wäre für Buchhändler und für ewige Zeit angestellte Redakteure, deren soziale Frage auf dem Rücken der Arbeiter gelöst ist, allerdings ein verfluchtes „Palliativmittel", das die Könige der Buchläden und festbesoldeten Schriftsteller ins Proletariat verstoßen könnte. Deshalb lieber Kapitalismus. Wenn anständig rationalisiert wird, kann auch in 6 Stunden Sklavenfron soviel Profit geschaffen werden, daß alle Throne der Arbeiterkönige mit ihren Pfründen erhalten bleiben.

Natürlich sind sich die Herren des Syndikalismus wohl bewußt, daß auch der 6-Stundentag nur in „direktem und scharfem Kampfe" erobert werden kann, dieser darf aber nicht die Grenzen übersteigen, die das kapitalistische System zulässt. Deshalb empfiehlt der Syndikalist (vom Standpunkt des Buchhändlers und Redakteurs) die Weisheit, daß der Kampf um die Kapitalserhaltung und des Syndikalismus sehr richtig) zum Schluß seines Artikels auf der ersten Seite als positive Parole:

Der 6-Stundentag ist die Losung, Der Generalstreik das Mittel, Der Syndikalismus die Organisationsform.

Der Syndikalismus gibt dem Kapital scharfe Waffen in die Hand, mit dem es die Arbeiterhirne versuchen kann. Er leugnet den dialektischen Materialismus und damit den Marxismus und die Zwangsläufigkeit der ökonomischen Triebkräfte, ihrig bleibt die bürgerliche Weltanschauung, wonach der Geist (hier der große Geist der Buchhändler und Redakteure) die Welt regiert, das ist Herrenkult, das ist christliche Sittenlehre, das heißt, daß der Kapitalismus ewigen Bestand hat. Dem tatsächlich sagt der „Syndikalist" eingangs: „Die Arbeitslosigkeit ist nicht so sehr ein Zeichen wirtschaftlicher Depression, als vielmehr der kapitalistischen Rationalisierung." Da nun für den Kapitalismus zur Rationalisierung (nach der syndikalistischen Weisheit) kein Zwang besteht, ist es nur die Bosheit der „schlechten" Kapitalisten. Und diese kann überwunden werden, denn der große Geist der Führer wird es schon machen.

Und was dann, wenn die Rationalisierung so weit fortgeschritten ist, daß mit dem 6-Stundentag mehr Arbeitslose auf der Straße liegen als heute? Den 4-, 2-, 1-Stundentag? Die Arbeit abschaffen? Nur um die Profitordnung, das Sklavenjoch nicht anzutasten? U. A. w. g.!

Der Berliner Arbeitsmarkt

Nach dem Bericht des Landesarbeitsamts Berlin waren am 26. Februar in Groß-Berlin 274 469 Personen bei den Arbeitsnachweisen eingetragen, gegen 274 783 der Vorwoche. Darunter befanden sich 186 079 (185 347) männliche und 88 390 (89 436) weibliche Personen. Erwerbslosenunterstützung bezogen 120 103 (120 178) männliche und 50 867 (53 311) weibliche, insgesamt 170 970 (173 489) Personen. Außerdem wurden noch 37 945 (36 918) Personen durch die Erwerbslosenhilfe der Stadtgemeinde Berlin und 26 420 (24 978) Personen durch die Krisenfürsorge unterstützt. Bei Notstandsarbeiten wurden 6728 (7019) Personen beschäftigt. Die Zahl der zu gemeinnützigen Pflichtarbeiten Ueberwiesenen betrug 62 gegen 50 der Vorwoche.

Die Verminderung der Gesamtzahl der registrierten Berliner Unterstützungsempfänger beträgt in der Berichtswoche 314. Angesichts des guten Wetters, daß wieder Hunderte noch Erdarbeiten behindert, ist das wenig gegen die Vorjahre, in denen um diese Zeit die Erwerbslosenzahl auch bei schlechterem Wetter sich mehr senkte. Die Verminderung der Vorwochen war also, wie wir schon in unserm vorigen Wochenbericht betonten, ausschließlich auf die Einstellungen der Metallindustrie zurückzuführen, die ihre Aufträge mit Ueberstunden aufarbeitet, um freie Bahn zu haben, wenn die Arbeiter nach Ablauf der gekündigten Tarifverträge Streikluft bekommen sollten.

Die Bewegung am Berliner Arbeitsmarkt zeigt wieder die stark ausgeprägte Tendenz, die wir in den Vorwochen schon des öfteren aufzeigten. Die Gesamtzahl der registrierten Erwerbslosen nahm um 314 ab, während die Zahl der erwerbslosen männlichen Arbeiter um 732 stieg und die Zahl der weiblichen Arbeitslosen sich um 1046 verminderte. Das ist der Vorzug des von den Gewerkschaften angebeteten Laufbandes und der von ihnen geförderten Rationalisierung. Die männlichen Arbeiter werden aufs Pflaster gesetzt und dafür die billigere weibliche Arbeitskraft ausgebeutet.

Bei den Unterstützteziffern zeigt sich deutlich der langsame Abbau der „Fürsorge". Trotzdem die Ziffer der männlichen Arbeitslosen um 732 stieg, senkte sich die Ziffer der männlichen Unterstützungsempfänger um 75. Und während sich die Ziffer der weiblichen Arbeitslosen um 1046 senkte, senkte sich die Ziffer der weiblichen Unterstützungsempfänger nur um 444. Das ist der Beweis, daß die Einstellung weiblicher Arbeiter noch um ca. 600 größer war als die Statistik zugibt. Das Plus wurde allerdings wieder durch Entlassungen wettgemacht. Zu den aus der „Fürsorge" gestrichenen 2519 kommt noch die Ziffer von 391, die bei Notstandsarbeiten weniger beschäftigt wurden. Von diesen 2910 nahm die Erwerbslosenhilfe der Stadt Berlin 1027 und die Krisenfürsorge 1442 auf. Es bleibt also ein Manko von 685; 314 davon kamen in Arbeit und 371 wurden ins Elend verstoßen, ohne jede Unterstützung.

Die politische Neutralität der „Selbständigen Verbände"

Des Elends ganzer Jammer faßt uns an.

Die „Selbständigen Verbände", wie sich die sitzengebliebenen Gewerkschaften nennen, sind mittlerweile zu einem öffentlichen Skandal in der Arbeiterbewegung geworden.

Es seien hier kurz einige charakteristische Eigenschaften aufgezeigt. Sämtliche Verbände haben den Offenen Brief der KAPD. erhalten. Eine offene und ehrliche Stellungnahme hat nur der „Industrieverband für das Verkehrsgewerbe" eingenommen. Was die anderen zu der einwandsfrei festgestellten Belieferung der Reichswehr durch Rußland mit Granaten zu sagen oder vielmehr nicht zu sagen haben, spottet aller Beschreibung.

Der „Verband der aus

in ruhigem anständigen Ton, worauf der Pförtner ihn dreimal kurz hintereinander aufforderte, die Baracke zu verlassen. Anschließend daran lief der Pförtner sofort heraus, um einen Schutzpolizisten zur Hilfe heranzuziehen.

Der junge Mann stand dann auch sofort auf und ich stellte dabei fest, daß er Invalide war und nur auf einen Stock gestützt gehen konnte. Beim Verlassen der Baracke wurde er dann von dem Pförtner in Begleitung des Polizisten angehalten, der den Pförtner bat, doch von der Sache nicht allzuviel Aufheben zu machen. Da ich ebenfalls nach draußen gehalt war, hörte ich, wie der Pförtner dem Grünen klarzumachen suchte, unbedingt eine Anzeige gegen den Mann zu erstatten, indem er sich dabei selbst als ein verständnisvoller und den Verhältnissen Rechnung tragender Beamter hinstellte.

Als der Pförtner diese Aeußerungen machte, erklärte ich ihm, daß er sich nicht sehr verständig benommen hätte, worauf er mich anfuhr und frug, wer ich eigentlich sei.

Ich ging dann wieder in die Baracke zurück, worauf der Pförtner die Auseinandersetzung klarzuführen versuchte, zu der sich auch schließlich der Vorsteher der Baracke einfand. Dieser Herr, dessen Namen ich nicht ermitteln konnte, frug mich dann ebenfalls in barschem Ton wer ich sei, mit der gleichzeitigen Erklärung, daß er hier zu sagen habe und die anderen ruhig zu sein hätten. Diesen Ton verbat ich mir in ganz energischer Weise, worauf er von mir die Stempelkarte verlangte, welche sich bei dem Beamten befand, der mir die Unterstützung auszuzahlen beabsichtigte. Mit dem Hinweis, meine Angaben zu prüfen, ging der Vorsteher sofort zu diesem Beamten. Nach Verlauf von ungefähr einer Viertelstunde wurde ich hereingerufen und dahin beschieden, **daß — die Unterstützung entgegen der ursprünglichen Zusage nicht ausgezahlt würde.**

Als ich nach den Gründen dafür fragte, erklärte mir der Beamte, daß ich doch einen Verdienst hätte und zwar hätte ich in der Auseinandersetzung mit dem Vorsteher behauptet, daß ich Berichterstatter der „Roten Fahne" sei. Ich machte dem Beamten klar, daß diese Tätigkeit eine gelegentliche sei und absolut nicht honoriert werde; und bat ihn gleichzeitig, dies dem Vorsteher mit dem Hinweis zu melden, daß ich in dieser Eigenschaft die nunmehr verweigerte Auszahlung der Unterstützung als Schikane auf die im Vorraum mit ihm geführte Auseinandersetzung betrachte.

Eine Rücksprache mit Vertretern des Erwerbslosenausschusses wurde abgelehnt.

So sieht die sozialdemokratische Erwerbslosenfürsorge in der Praxis aus. In Volksversammlungen oder im Parlament können diese „Herren Arbeitervertreter" das Maul nicht voll genug nehmen, was sie alles für die Arbeitslosen schon getan hätten.

Die Arbeiterschaft muß sich diese Dinge merken und diese Gesellschaft zu gegebener Zeit zum Teufel jagen."

Wir können dazu nur bemerken: Sehr richtig — aber merken muß sich das Proletariat auch die KPD.-Bonzen, deren parlamentarisch-gewerkschaftliche Illusionspolitik ebenfalls auf einen grandiosen Betrug der Arbeitermassen hinausläuft.

Aus der Bewegung

Die Union als Hebel zur Revolution

(Zur kommenden Reichskonferenz.)

Die Arbeitskonflikte in allen Teilen des Reiches zeigen dem revolutionären Proletariat nicht nur eine wachsende Kampfintensität des Unternehmertums, sondern fordern ebenso dringlich auch von der proletarischen Klassenkampforganisation eine unzweideutige Antwort darauf, was für die Arbeiterklasse jetzt das Gebot der Stunde ist. Die kapitalistische Wirtschaftsdemokratie" in den letzten Jahren reichlich gesäte Hoffnung, daß der Sozialdemokratismus die Massen immer wieder genarrt und von ihren Klasseninteressen abzulenken hat. Die tägliche Praxis des „Wiederaufbaus" zerschlägt alle kleinbürgerlichen Träume vom „gerechten Ausgleich" zwischen Arbeit und Kapital und zwingt so den Reformismus, offen auf die Seite der Ausbeuter zu treten. Inzwischen hat das Kapital ohne jede demokratische Attrappe die Zügel der Staatsgewalt selber ergriffen und im Besitzbürgerblock dem konzentrischen Angriff auf die Arbeiterklasse einen neuen Auftakt gegeben.

Vor aller Augen stellt jetzt klar, daß der Weg des Kapitalismus über wachsendes Elend für die arbeitenden Massen führt. Wenn die Gewerkschaften den Arbeitern erzählt haben, daß die Rationalisierung mit der Wirtschaft bringt, daß das Kapital wieder die Ankurbelung der Wirtschaft bringt, daß dann Preisabbau bei gleichbleibenden Nominallöhnen zur Hebung der Kaufkraft führt, so zeigt sich immer deutlicher, daß die Kapitalisten im Rahmen ihrer Profitrate kämpfen, daß die nur um die Erhaltung ihrer Profitrate kämpfen, daß die Preise steigen, trotzdem die Ausbeutung der Ware Arbeitskraft höher geschraubt und sogar der Nominallohn abgebaut wird. Die Stabilisierung des Kapitalismus ist eben die Stabilisierung des proletarischen Massenelends. Die Bourgeoisie kann den Kreislauf ihrer Wirtschaft nur in stets sich verengernder Form wiederholen. Sie muß immer größere Massen als Konsumenten aus dieser Gesellschaftsordnung ausstoßen und sich für die daraus entspringende Verschärfung der Klassengegensätze rüsten durch den Ausbau ihrer Machtorganisationen. Weil aber der proletarische Widerstand gegen den Schmarotzer Kapitalismus auf die Dauer nur gebrochen werden kann, wenn größere Teile der Arbeiterklasse über eine sprichwörtliche Bedürfnislosigkeit mit physischem Zerfall zu lumpenproletarischer passiver Verfaulung kommen, muß die Bourgeoisie den arbeitenden Massen einen immer niedrigeren Lebensstandard aufzwingen. Das ist der Sinn der gegenwärtigen Arbeitskonflikte, das ist der Inhalt aller „Wirtschaftsdemokratie" und **deshalb verteidigt das Proletariat jetzt im Brotkampf auch alle kommenden Kämpfe seine eigenen Zukunft, die Revolution!**

Die Bourgeoisie kann den Hungerkrieg gegen das Proletariat nur erfolgreich führen, wenn es vermittelst der gewerkschaftlichen Bindungen gelingt, das Werden der proletarischen Klassenfront zu hintertreiben, die Arbeiter gruppenweise niederzusetzen und in den Kampf, der die kapitalistische Ordnung irgendwie zu erschüttern droht, zu legalisieren, ins Bett der kapitalistischen Gesetzlichkeit abzuleiten. Die einzige Aufgabe der Gewerkschaften und aller die Gewerkschaftsmeinheit verteidigenden „Arbeiterparteien" besteht darin, dieser Ermattungsstrategie des Kapitals in die Hände zu arbeiten. Wenn die Gewerkschaften diese Massen durch Tarifschaiche und Schiedsspruchguillotine nicht mehr bändigen können, übernimmt die KPD. die Aufgabe, die „wilden Streiks", wie im Hamburger Hafen, durch scheinradikale Parolen (Kämpft um das Koalitionsrecht!) auf den Boden der bürgerlichen Verfassung zurückzuführen. Nichts anderes bedeutet auch das Bekenntnis der „Roten Fahne" vom 6. 2. 1926, wo die Kommunistische Partei vor der ganzen Arbeiterklasse erklärt: „Wir wollen keine wilden Streiks!" Das gegenwärtige Stadium des kapitalistischen „Wiederaufbaus" leitet die kapitalistische Einheitsfront gegen die Arbeiterinteressen von Krupp bis Thälmann ab.

Das Proletariat kann den Widerstand gegen die Angriffsfront der Unternehmer nur organisieren im Bruch mit den gewerkschaftlichen Handlangern des „Wiederaufbaus". Die Sprengung aller gesetzlichen Bindungen, die Abkehr von „allen ehrlichen Maklern" zwischen Arbeit und Kapital ist die Voraussetzung dafür, daß die Massen endlich wirklich selbst auf dem Plan erscheinen, und indem sie die Machtfrage stellen, ihre Kräfte entfalten. Das revolutionäre Moment dieses Brotkampfes liegt darin, daß die proletarische Solidarität von der agitatorischen Phrase und bestenfalls Berufsangelegenheit wieder zur schöpferischen Massentat werden kann, die neue proletarische Energien löst: daß der offensive Charakter des Massenkampfes selbst sehr bald die politischen Zusammenhänge aller Arbeitskonflikte erhellt und so den Horizont der kämpfenden Massen erweitert. Nur, wo sich die Erfahrungen von den Notwendigkeiten des Machtkampfes mit dem Bewußtsein von der proletarischen Klassenkraft paaren, kann die Verteidigungsstellung der Arbeiterschaft zur Angriffsfront werden, nur dort marschiert die Revolution.

Die Aufgabe der proletarischen Klassenkampforganisation besteht darin, dieses Bewußtsein in den Kämpfen der Massen zum Durchbruch zu bringen. Sie kann der Zwangsläufigkeit des kapitalistischen Niederbruchs nur die reale Klassenkraft des Proletariats entgegensetzen und die Kritik der alten Arbeiterbewegung in Dynamit gegen die „Demokratie" verwandeln, wenn sie in allen Arbeitskonflikten ihre ganze Kraft dafür einsetzt, daß die Proletarier aus der Praxis des Kampfes heraus zum Bewußtsein ihrer selbst gelangen. Diese Aufgaben verlangen von der Union, daß sie über ihre eigene Vergangenheit Rechenschaft gibt und daraus die Lehren für die Zukunft zieht.

Berlin-Oberschöneweide

Ein Pyrrhussieg in der Transformatoren.

Am 25. 2. fand für die Arbeiter der Tro. in Oberschöneweide eine Betriebs-Versammlung statt, die auf Grund der Kündigung des Rahmenvertrages in der Berliner Metallindustrie zu den Forderungen der Arbeiter Stellung nehmen sollte. Als Referent war von den Amsterdamern der 2. Bevollmächtigte des Metallarbeiterverbandes, Verwaltungsstelle Berlin, Ulrich vorgesehen. Die AAU. hielt es für notwendig, ihre grundsätzliche Stellung zu dieser Frage durch einen Vertreter darzulegen.

Die Vers. nahm eigentlich vor dem Fabriktor gleich nach Arbeitsschluß ihren Anfang. Als nämlich der „kommunistische" unbesoldete Stadtrat und Betriebsratvorsitzende Glatzer den Vertreter der Union erblickte, kreischte er, rot vor Aufregung werdend: „die Union als Organisation kenne ich nicht und ein Vertreter derselben kommt nicht zu Wort."

Nach dieser tragikomischen Ouverture nahm die eigentliche Versammlung ihren Fortgang im Gesellschaftshaus. Ulrich erging sich eine Stunde lang in platten Gemeinplätzen. Die dann und wann durch einige faule Witze über die radikalen Opponenten und durch Beschimpfung der Arbeiter, daß sie allein an den erbärmlichen Verhältnissen Schuld seien, unterbrochen wurde. Der alte Bebel würde von dem Gerede gesagt haben: „gesprochen, wie gedruckt". Nur in einem Punkt kam Ulrich der Wirklichkeit nahe, als er die Tarifpolitik, das Schlichtungswesen und das Schlichtungsverfahren als die Krone der gewerkschaftlichen Politik verherrlichte.

Nach dem Referat ging die Versammlung über den Vorschlag des KPD.-Leiters Glatzer, die Redezeit auf 10 Minuten festzusetzen, hinweg und beschloß, den anwesenden Vertretern der Organisationen eine halbe Stunde Redezeit zu gewähren. Vom DIV. erhielt Weyer das Wort. Er rückte das Verhalten der Gewerkschaften ins rechte Licht und zeigte an Hand der geschichtlichen Ereignisse ihre unterschiedliche Weltanschauung zwischen dem DIV. und den Amsterdamern aufzuzeigen, ein Versuch, weil beide Organisationen Tarifkontrahenten sind und grundsätzlich auf dem Boden der gesetzlichen Betriebsräte stehen. Weyer verwies es wie Ulrich, jeden gesellschaftlichen Zusammenhang aller Kämpfe der Proletarier als Machtfragen zwischen Kapital und Arbeit darzustellen, und zog einen künstlichen Trennungsstrich zwischen wirtschaftlichen und politischen Forderungen.

Gemäß des Beschlusses der Versammlung mußte jetzt die AAU. zu Wort kommen. Als ihr Vertreter das Podium bestieg, fuhr dem Versammlungsleiter und Betriebsratvorsitzenden Glatzer der Schreck in die schlotternde Gebrissenheit. Der Hinterm gibt um mit Grundeis unter. Die Klingel beim Hinterm gibt um mit Grundeis unter. Die Klingel beim Hinterm gibt um mit Grundeis unter. Die Klingel schwingend, erklärte er angsterfüllt, daß der Vertreter der Union nicht das Wort bekomme. Ein stürmischer Protest der Arbeiter setzte ein, den der „revolutionäre" Betriebsrat zu beschwichtigen versuchte, indem er am ganzen Leibe zitternd sagte: „Genossen, meine **gesetzliche Stellung** gestattet es nicht, dem Redner das Wort zu erteilen." Trotzdem schien die Versammlung gewillt zu sein, über die legalen Skrupel dieses Helden hinweg zu gehen. Deshalb wurde schweres Geschütz aufgefahren, indem die Arbeiter von der Union ersuchte, selig gemacht wurden. Glatzer entsetzte sich um der Redner dieser Organisation zu Wort kommt, lehnt er die Verantwortung für den ruhigen Verlauf der Versammlung ab. Durch den Terror und die demagogischen Praktiken des betrieblichen Zellenbauers hielt sich die Beleschaft tatsächlich einschüchtern und eine erneute Abstimmung über Worterteilung erzab eine schwache Mehrheit für Ablehnung. Aber noch ein solcher Sieg und sie sind verloren!

Von einem folgendem Diskussionsredner der KPD. wurde die übliche gut durchbolschewisierte „Kampf"resolution eingebracht.

Als auf der Rednerliste nur noch je ein Genosse des DIV. und der AAU. verzeichnet waren, wurde von dem vorher ängstlich um seine Legalität bemühten Glatzer eine nette hübsche Schiebung inszeniert. Wie ein Feuereimer bei Brande ging ein Zettel von Hand zu Hand mit der Aufforderung, um himmelswillen einen Schlußantrag zu stellen. Unglaublicherweise fanden er bei einem KPD.-Genossen, der selbst zu Ungern Ausführungen das Wort ergriffen hatte. Was diesem aber durchaus nicht hinderte, dummdreist und gottesfürchtig Schluß der Debatte zu beantragen.

Das Schlußwort Ulrichs ging über das Niveau seines Referats nicht hinaus und forderte in steigendem Maße den Widerspruch der Belegschaft heraus. Er versuchte es ängstlich, auf die delikaten Zwischenrufe: wie Ermächtigungsgesetz, Arbeitszeitabkommen, Hamburger Hafenarbeiterstreik und D'Aragona, einzugehen. Auch eine nenglerige Frage, was das Wort „im Benehmen setzen" im Tarifvertrag bedeute, blieb merkwürdigerweise unbeantwortet.

Einige Wendungen Ulrichs, von dem Vertreter des DIV. als persönliche Verunglimpfung aufgefaßt, und er verlangte am Schluß das Wort zu einer persönlichen Bemerkung. Um das zu verhindern, wandte Glatzer gegen den DIV. dieselben Methoden an, wie vorher gegen die AAU. Gleich einem Hahn auf dem Mist krähte er „Ich bin Autorität genug, um beurteilen zu können, daß in der Debatte kein Genosse persönlich angegriffen worden ist; eine Wortertellung findet darum nicht statt." Doch diesmal hatte er die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Sein an kompletten Größenwahn grenzendes Vorgehen sprengte die Versammlung. Die „schöne" Resolution der eigenen Genossen konnte durch Abstimmung nicht mehr an den Mann gebracht werden.

Die Aufforderung Urichs an den unbekannt anwesenden Spitzel der Direktion, zur genauen Berichterstattung sich lieber an den Versammlungsleiter zu wenden, war völlig überflüssig. Das Verhalten des „kommunistischen" Betriebsrats glatzer hat gezeigt, daß die Direktion mit ihrem Prozeß gegen ihn auf Amtsentthebung auf dem Holzwege war. Dieser Kapitalsknecht mit dem gesetzlichen Gewissen denkt höchstens an eine Bedrohung der revolutionären Klassengenossen zur Sicherung der Ruhe und Ordnung.

Für die Unionsgenossen erwächst aber doppelt die Pflicht, trotz aller terroristischen Mundtotmachung den Ausgebeuteten immer wieder klar zu machen, daß nur die geschlossene Solidarität und die Aufrollung der Klassenfrage auf antigewerkschaftlicher Grundlage in der Epoche der proletarischen Revolution einen Ausweg aus dem kapitalistischen Chaos bedeutet.

Chemnitz

Am Donnerstag, den 24. 2. 27 berief die Allgem. Arbeiter-Union und Kommunistische Arbeiter-Partei eine öffentliche Versammlung nach Döbels Ballhaus ein. Unter dem Thema: „Metallarbeiter - Aussperrung. Schlichtungs - Schwindel oder Massen-Aktion" behandelte der Referent den Leipziger Metallarbeiterstreik und zeigte an Hand der Gegenüberstellung der SPD.-Presse und der kapitalistischen Presse, mit welchem Schwindel die Leipziger Metallarbeiter in die Betriebe gepreßt wurden. Er ging dann auf die Revolutionierungs-Arbeit an den Organisationen des Proletariats, den Gewerkschaften, über und geißelte das Verhalten der Opposition, die wohl nach außen brülle „Erweiterung des Kampfes", aber um die Einheitsfront nicht zu stören ihren Mitgliedern empfehle, im Rahmen der Gewerkschafts-Einheit zu arbeiten. Dadurch ist folgendes Ergebnis zu verzeichnen: Während des ganzen Kampfes hat die KPD. keine eigene Politik gemacht, sondern nur im Rahmen der Gewerkschaften Politik, und das ist SPD.-Politik, getrieben. Die Folge davon ist, daß bei den Komiteewahlen in Leipzig die KPD. 7 Sitze verlor. In Bezug des Lohnkampfes in Mitteldeutschland (Halbe-Merseburg usw.) brachte die KPD. die Parole heraus: „Verlaßt nach 8 Stunden den Betrieb." Sie sagte aber gleich hinterher: „wenn ihr das tut, dann müßt ihr das auf eigene Kappe tun. Die Organisation ist dafür nicht verantwortlich zu machen, auch die Gewerkschaften nicht". Mit dieser Zweiseelen-Theorie hat die bolschewisierte Leninistenpartei während des ganzen Kampfes gearbeitet. Sie hat im wahrsten Sinne des Wortes 100prozentige Arbeit für die Gewerkschaften, also für Amsterdam geleistet. Es ist deshalb nach diesem Kampf für das Proletariat die Aufgabe, endlich zu erkennen, daß es notwendig ist, in dem Augenblick, wo das Kapital zum Angriff übergeht, den Gegenangriff zu wagen. Das kann aber nur geschehen, wenn die Klassenfront formiert ist, wenn das Proletariat sich frei macht von der Vormundschaft der Gewerkschaften.

In der Diskussion meldete sich ein Erwerbsloser. Er zog die KPD.-Parole der Einreihung der Erwerbslosen in den Produktionsprozeß heran. Im Schlußwort ging der Referent darauf ein und zeigte an klaren Beispielen, welch eine reformistische Parole dies ist. Die KPD. schwieg. Sie hatte den Proletariern von Chemnitz in der Angelegenheit dieses Kampfes nichts zu sagen.

Es wird die Aufgabe unserer Genossen in Chemnitz sein, nachzustoßen und die Diskussion über die Gewerkschaftsfrage über die Fragen an Rußland zu eröffnen. Den reformistischen Organisationen muß jeder Mann und jeder Groschen entrissen werden, vor allen Dingen nach diesem letzten ungeheuren Verrat und Betrug am Proletariat.

Mitteilungen

Reich

An alle Ortsgruppen.

Der Abrechnungsbericht für Monat Februar ist noch nicht von allen Ortsgruppen eingesandt worden. Wir bitten die sämmtlichen Gruppen hierdurch nochmals zur Einsendung und damit keine Verzögerung betreffs der Materiallieferungen eintritt.

Rheinland-Westfalen.

und anschlossene Unterbezirke.

Am Sonnabend, den 2. und Sonntag, den 3. April findet in Düsseldorf eine **Bezirkskonferenz der AAU.** statt.

Tagesordnung: 1. Organisatorisches: a) Tätigkeitsbericht der BAA., b) Kassenbericht. c) Berichte der Ortsgruppen. 2. Stellungnahme zur Reichskonferenz. 3. Verschiedenes. a) Anträge usw.

Anträge müssen bis spätestens 15. März in Händen der BAA. sein. Zeit- und Tagungslokal der Bezirkskonferenz wird durch Rundschreiben mitgeteilt. In Anbetracht der Wichtigkeit der Tagung ist es Pflicht jeder Ortsgruppe, Delegierte zu entsenden.

Niedersachsen.

Sonntag, den 13. März, vormittags 10 Uhr, in Achtermann a. d. Leine, bei Tönies, Winde Nr. 3, **Bezirkskonferenz.** Tagesordnung: 1. Politische Lage. 2. Unsere Stellung zur „Entschiedenen Linken" und zur Opposition im „Spartakusbund". 3. Wie ist eines Delegierten zur Reichskonferenz der AAU. 4. Organisatorisches. 5. Verschiedenes.

Alle Unions- und KAP.-Gruppen müssen vertreten sein. Die Gruppen der „Entschiedenen Linken" werden aufgefordert, ebenfalls Delegierte zu schicken.

Nürnberg.

Der „Kampfruf" und die „Kommunistische Arbeiterzeitung" liegen aus: „Altdeutsche Bierhalle", Nürnberg, „Stadt Schleitz", Aust. 110, „Gambrinus", Ausstr. 102. Genossen ist die Einsicht hiermit empfohlen.

Berlin-Brandenburg.

Am Sonntag, den 3. April 1927, findet in Berlin eine **Bezirkskonferenz der AAU.** statt.

Tagesordnung:

1. Wirtschaftliche und politische Lage. 2. Stellungnahme zur 8. Reichskonferenz: a) Taktik, b) Selbständige Verbände, c) Entschiedene Linke, d) Erwerbslosenfrage. 3. Berichte. 4. Verschiedenes. — Näheres erfolgt durch Rundschreiben.

Groß-Berlin

Wochenbeiträge.

In der 9. Woche (27. Februar bis 5. März 1927) betrug die Beiträge 50 Pfg., 1,— Mk. und 1,30 Mk. Arbeitslose 10 Pfg. Rückständige Umlagemarken für die Reichskonferenz sind gehend zu kleben.

Oeffentlicher Diskussionsabend in Schöneberg

am Donnerstag, den 10. März, abends 8 Uhr, bei Schönemann, Sedanstr. 19-20. Thema: „Zweck und Ziel einer revolutionären Organisation." — Genossen, macht rege Propaganda für den Besuch dieser Versammlung.

Verantw. Redakteur u. Herausgeber: Hermann Koch, Berlin.
Druck: Druckerei für Arbeiter-Literatur, Berlin O 17.

Der Kampfruf

Organ der Allgemeinen Arbeiter-Union

(Revolutionäre Betriebs-Organisationen)

Jahrgang 8, Nr. 11 — Die Zeitung erscheint wöchentlich. — Zu beziehen durch die Bezirks-Organisationen der Union u. durch die Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur, Berlin SO. 36, Lausitzer Platz 13 — Preis 15 Pfennig

Massen und Führer

Eine Grundfrage der proletarischen Revolution.

Die unheilbare Krise der kapitalistischen Welt, die seit Kriegsausbruch 1914 offen in Erscheinung getreten ist, bedeutet auch die Götterdämmerung der alten, d. h. gewerkschaftlich-parlamentarischen Arbeiterorganisationen. Auch hier gibt es, wie in der Profitwirtschaft, keine Stabilisierung mehr. Der Klassenkrieg ist auch innerhalb der Arbeiterbewegung entbrannt und muß sich mit dem Fortschreiten des kapitalistischen Niederbruchs weiter verschärfen. Vergebens werden alle Krokodilstränen der „Einigkeit" fließen und auch kein roter Mussolini wird hier mehr auf die Dauer mit Zuckerbrot und Peitsche die „Ordnung" wieder herstellen können. Der Sturm auf die Bollwerke der reformistischen Bewegung hat begonnen. Noch ist er nur schwach. Noch fehlt ihm vor allem die konzentrische Kraft des Durchbruchs. Aber dennoch ist er bereits erstes Wetterleuchten für die kommenden Kämpfe zwischen Kapital und Arbeit. Dieser Sturm muß zum proletarischen Orkan werden, weil die Arbeitermassen in den alten Organisationen auch den verkappten Klassenfeind niederringen müssen, wenn sie durch die kapitalistische Elendsnacht zum hellen Morgen ihrer Befreiung gelangen wollen.

Immer noch gibt es zahlose Arbeiter, die in den politischen Richtungskämpfen innerhalb des Proletariats nur den Interessenstreit der Führer erblicken. Sie schwören aus „Disziplin" zu dem in „ihrer" „bewährten" Organisation jeweils herrschenden Regiment, **oder sie wenden sich mit Ekel und Lachen von der Arbeiterbewegung überhaupt ab.** Die großen Massen selbst der gefühlsmäßig radikalen Arbeiterschaft haben den tiefen Sinn der gewaltigen Krise, die jetzt alle parlamentarisch-gewerkschaftlichen Organisationen mehr oder weniger erschüttert, noch nicht erfaßt. Sie sehen noch nicht, daß die Katzbalgerei der „linken" und „rechten" Führer um einen Platz an der Futterkrippe nur auf dem Untergrund eines anderen gewaltigen Kampfes entbrennen konnte, der darum geht, daß die proletarische Klasse jetzt endlich ihr Klassenbewußtsein als Taktik und Organisation zum Durchbruch bringt. Die Krise der reformistischen Bewegung ist bereits im Schoße der alten Sozialdemokratie geboren worden. Sie flammte schon vor Jahrzehnten auf Kongressen und in Massenversammlungen in heftigen Zusammenstößen auf, weil die Zeit gekommen war, wo die parlamentarisch-gewerkschaftliche Taktik keine positiven Erfolge mehr erzielen konnte und deshalb immer fühlbarer zur Fessel des Proletariats wurde. Der Kampf ging um neue Waffen des Klassenkampfes, um das neue Verhältnis der Arbeiterklasse zu ihrem Betreiungswerk, um Massen und Führer.

Es wird oft gesagt, daß jede Masse die Führer hat, die sie verdient. Natürlich sind die Noske und ebenso auch die Thälmann nur möglich, solange die Proleten in Knechtseligkeit und blindem Fanatismus verharren. Hier liegt der Gedanke nahe, daß man mit allen Mitteln der Aufklärung versuchen muß, das geistige Niveau der Masse derart zu heben, daß jegliche Innerzeugeliste am Selbstbewußtsein der Arbeiter ihre unüberwindliche Schranke finden. Diese Auffassung ist aber in Wirklichkeit nur der Standpunkt aller „ollen ehrlichen" Sozialdemokraten. Eine solche Aufklärungsarbeit hat ja bereits die Sozialdemokratie vierzig Jahre lang geleistet. Und das praktische Resultat davon war dennoch der Verrat vom 4. August 1914, weil eben das Wachstum des proletarischen Klassenbewußtseins sich so wenig auf „friedlichem" Wege vollziehen kann, wie es eine „friedliche" Entwicklung zum Sozialismus gibt. Die proletarische Aufklärungsarbeit kann nur im Rahmen des gesamten Klassenkampfes ihre Rolle spielen, denn alles dieses hat für die Arbeiterschaft nur Sinn im Zusammenhang mit der revolutionären Tat. Jede Demokratie innerhalb der Arbeiterbewegung findet ihre Grenze dort, wo Instanzen den Organisationsapparat beherrschen und ihn zur Niederhaltung der Massenräte benutzen können. Deshalb ist auch die ganze Unterherrlichkeit der reformistischen Bewegung nicht einfach der die Folge proletarischer Rückständigkeit, sondern zugleich auch die Ursache einer Politik, welche die Initiative der Arbeitermassen nicht zur Entfaltung kommen läßt. Der parlamentarisch-gewerkschaftliche Betrieb ist nur als wohlbewachte Aktion der „bewährten" Führer möglich, die Massen stehen nur Statisten sein. Der parlamentarisch-gewerkschaftliche Betrieb ist immer gleichbedeutend mit Beherrschung der Proletariermassen, und je besser diese Herrschaft mit dem Deckmantel der „Demokratie" behängt ist, desto fester steht sie. Auch die Seele kapitalistischer Organisationsform ist eiserner Zentralismus mit „oben" und „unten", ist Massengehorsam und Führermacht. Und wenn diese Führerschaft irgendwo vor der proletarischen Demokratie scheinbar zurückreicht, dann nur, um die Masse desto straffer noch in die Zügel der Beherrschung zu nehmen.

Die proletarische Revolution hat um ihres Sieges willen die Aufgabe, die Arbeitermassen zur stählernen Einheit des Handelns zu erheben. Sie muß den Bann der bürgerlichen Knechtseligkeit brechen, indem sie die proletarischen Einzelwillen von der reformistischen Führerbevormundung freimacht und in revolutionären Klassenwillen zusammenschweißt. Das heißt, das Proletariat muß seine Klassenkampforganisation auf dem Selbstbestimmungsrecht der Masse aufbauen und damit auch politisch gegen die bürgerliche Welt der Bevormundung den unversöhnlichen Kampf aufnehmen. Gewiß ist es leichter,

Schlichtungs-Kladderadatsch

Die gewerkschaftlich-sozialdemokratischen Instanzen sind mit ihrer schiedlich-friedlichen Aktion für den „gesetzlichen" Achtstundentag plötzlich in arge Bedrängnis gekommen. Die Reichsregierung hat nämlich ebenfalls die Initiative ergriffen und dem Reichsrat sowie dem sogenannten Vorläufigen Reichswirtschaftsrat der demokratischen Kapitalsrepublik eine Vorlage über die Neuregelung der Arbeitszeit übergeben. Dieser Regierungsentwurf, den wir bereits im „Kampfruf" Nr. 9 vollinhaltlich wiedergegeben haben, kommt den Wünschen der Unternehmer hinsichtlich der Arbeitszeit in weitgehendem Maße entgegen. Das Kernstück dieses neuen Arbeitszeit-Notgesetzes ist der Paragraph 9, Absatz 1, der gegenüber der alten Fassung vom 21. 12. 23 zukünftig folgenden Wortlaut erhalten soll: **„Die Arbeitszeit darf** bei Anwendung der in den §§ 3 bis 7 bezeichneten Ausnahmen **zehn Stunden täglich nicht überschreiten; eine Ueberschreitung dieser Grenze ist** nur in Ausnahmefällen **aus dringenden Gründen des Gemeinwohls mit befristeter Genehmigung** der im § 6, Absatz 1, bezeichneten Behörde **zulässig".**

Der Sinn dieser Abänderung des Paragraphen 9 ist kurz gesagt der: „Aus dringenden Gründen des Gemeinwohls" soll auch, im Gegensatz zu früher, in Betrieben der gesundheitsgefährlichen Berufe die Arbeitszeit über zehn Stunden hinaus verlängert werden können. Außerdem soll allgemein die Ueberschreitung der Zehnstunden-Maximalgrenze als Regel-arbeitszeit gesetzlich zulässig sein, um dadurch einen Ausgleich für den freien Sonnabendnachmittag herbeizuführen. Die Schlichtungsbehörden der „freiesten Demokratie der Welt" sollen also die gesetzliche Befugnis erhalten, im Interesse des „Gemeinwohls" den 10- und gar 12-Stundentag „befristet" (was ja ohnehin jeder Schiedsspruch ist) einzuführen.

Die Verschlechterungen, welche die Regierungsvorlage über die Neuregelung der Arbeitszeit für die Proletarier enthält, sind selbst den „Vorwärts"-Skribenten etwas zu starker Tabak. Sie bemerken am 10. März sehr richtig: „Dieser Entwurf erhebt praktisch den **Zehnstundentag** zur **Norm,** stellt den Achtstundentag praktisch in das Ermessen der Unternehmer und Behörden und hält für die beliebige Ausdehnung der Arbeitszeit auch über 10 Stunden hinaus, solange als bis zu 10 Stunden verbindlich geschlichtet werden kann, „dringende Gründe des Allgemeinwohls" in Bereitschaft. Das Entscheidende ist, daß der „gesetzliche Achtstundentag . . . mit grundsätzlicher Wirkung zur **zehnstündigen Norm erhoben** werden kann, sobald nämlich nach Ablauf eines Vertrages die Arbeitszeit zum **Streitgegenstand** wird, die Schlichtungsmaschine von den interessierten Arbeitgebern in Gang gebracht und über den Einlassungszwang und die Verbindlichkeitserklärung der Annahmewaze für den Schiedsspruch eintritt. Die Bestimmung, daß Tarifverträge auch für grundsätzliche Fragen des Arbeitsschutzes, wie insbesondere die Frage der Arbeitszeit, nach dem Ermessen der Schlichtungsbehörden auch entgegen dem Willen der Arbeiterschaft durch Zwangsschiedsspruch geschaffen werden können, tut in diesem Kreislauf ihre Wirkung: Sie hebt den „gesetzlichen" Achtstundentag grundsätzlich auf, macht die schematische Ueberstundenarbeit praktisch zur Regel und den angeblich „schematischen Achtstundentag überhaupt zur Ausnahme."

Die vorstehenden Bemerkungen des „Vorwärts" vervollständigen unser Bild über den Charakter des neuen Arbeitszeit-Notzesetzes, da sie das Wesen der staatlichen Schlichtungspraxis grell beleuchten. Es ist schon so: die Regierungsvorlage ist für die Unternehmer geradezu ein Freibrief zur Erstrebung einer gesetzlichen zehn- bis zwölfstündigen Arbeitszeit. Die dazu notwendigen „dringenden Gründe des Gemeinwohls" sind bekanntlich billig wie Brombeeren; über diesen demokratischen Strohhalm sind ja die Kapitalisten schon bisher nur in seltensten Fällen gestolpert. Und übrigens ist (nach dem trefflichen Eingeständnis des „Vorwärts") die staatliche Schlichtungsmaschine gerade die Waffe, mit der die Verlängerung der Arbeitszeit erzwungen werden kann. Denn von seiten der Gewerkschaften hat das Unternehmertum keinen ernsthaften Kampf gegen die Schlichtungsdiktatur zu fürchten, weil diese Organisationen infolge ihrer Verankerung im Boden bürgerlicher Gesetzlichkeit auch zur Anerkennung des provokatorischsten Schiedsspruches verpflichtet sind.

Die stets sichtbarer werdende Tatsache, daß die Schlichtungsmaschine nur ein Instrument zur Verschärfung der Ausbeutung ist, macht den Kladderadatsch, den Bankrott der reformistischen Politik immer größer. Indem die „Vorwärts"-Redaktion die Krise des Schlichtungswesens als den Anfang einer Staatskrise bezeichnet, erkennt sie sehr wohl die politischen Konsequenzen der Schiedsspruch-Praxis des rationalisierenden Kapitalismus! Die reformistischen Lobpreiser der kapitalistischen Rationalisierung sehen mit Schrecken, daß trotz der formalen Demokratie der sozialreaktionäre Kurs des Unternehmertums mit Hilfe der Staatsgewalt durchgeführt und verschärft wird, und sie rufen wie betrübte Lohgerber aus: „So war die deutsche Schlichtungsgesetzgebung nicht gedacht, als sie gemacht worden ist . . ."

Wie aber wollen die Rationalisierungs-Sozialisten der kapitalistischen Hungeroffensive und ihrer staatlichen Schiedsspruchguillotine praktisch entgegentreten? Wollen sie etwa die Proletarier massen auffordern, den Rahmen der bürgerlichen Gesetzlichkeit zu sprengen und so die arbeitermordende Schlichtungsmaschine zu zertrümmern? Nein, nie und nimmer. Die „freien" Gewerkschaften, die „berufenen Kampforganisationen der Arbeiterschaft", sind durch ihre eigene Politik an Händen und Füßen gefesselt, sie können um ihrer eigenen Existenz willen die kapitalistische Schlichtungspeitsche nicht zerbrechen, denn — so erklärte der ADGB.-Vorstand am 7. 10. 26 im „Vorwärts" anläßlich des Hamburger Hafenarbeiterausstandes unzweideutig: — **„Zu den Grundlagen der Gewerkschaftsbewegung gehört die Tariftreue unbedingt, und daraus ergibt sich mit zwingender Logik, daß die Gewerkschaften gegen freie Tarifverträge und gegen Zwangstarifverträge streiken und keine Streikunterstützung zahlen können!"** Und weil die Gewerkschaften gegenüber der staatlich sanktionierten und unterstützten Verelendungsoffensive völlig ohnmächtig sind, deshalb soll (so sagt der „Vorwärts" v. 10. 3. 27) das Proletariat im Kampfe gegen die Schlichtungsdiktatur auf dem „Boden der Legitimität", d. h. auf dem Boden der kapitalistischen Gesetze bleiben und „für die Aufrechterhaltung der Grundsätze der Verfassung der deutschen Republik" streiten, — also einen „Kampf" führen, welcher die kapitalistische Klassengesellschaft und ihren staatlichen Unterstützungsapparat überhaupt nicht antastet, d. h. einen Kampf um „bessere" Gesetzesschusterei, um neue demokratische Illusionen!

Die Arbeiterschaft darf bei Strafe schimpflicher Niederlagen nicht den gewerkschaftlich-sozialdemokratischen Parolen folgen, so scharfe Anklagen die reformistischen Bonzen heute auch gegen ihr eigenes Werk der Schlichtungspraxis erheben. Der verschärfte reaktionäre Kurs der Bour